



**GEW**

**DDSDS**

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

Januar/Februar  
2010

**Handeln gegen rechts  
– aber wie?**

## Handeln gegen Rechts – aber wie?

- 3 Neu in Bayern: Regionalbeauftragte gegen Rechtsextremismus**  
Erste Erfahrungen mit dem »Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus«  
Interview mit Günter Kohl, einem der Regionalbeauftragten
- 6 Das Extreme am »Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus«**  
von Dorothea Weniger
- 8 Rechtsextremismus als Jugend- bzw. Alltagskultur**  
von Klaus Joelsen
- 10 Neue Rekrutierungstrends der extremen Rechten**  
Warum sie verfangen und was ihnen entgegenzusetzen ist  
von Prof. Dr. Kurt Möller
- 13 Eltern-, Angehörigen- und Opferberatung im Zusammenhang mit Rechtsextremismus**  
von Renate Grasse
- 14 Ein Pilotprojekt startet in Maxhütte-Haidhof**  
Projektgruppe »Zwangsarbeit« erarbeitet Wanderausstellung
- 15 Angebote zum Thema**  
- Fortlaufendes Attentat  
- Kann denn Jubeln Sünde sein

## Beurteilung in Schulen

- 16 Wenn's für 7 KollegInnen nur 2 AZ gibt ...  
... wird das Engagement der anderen abgewertet!**  
zusammengestellt von Kolleginnen und Kollegen der GEW Oberfranken
- 18 Die Tücken der Beurteilung an bayerischen Schulen**  
von Robert Wingerter

## Tarifrunde

- 19 Die schwäbische Hausfrau irrt**  
Höhere Löhne und steigende Staatsausgaben fördern die Konjunktur stärker als die kreditfinanzierten Steuersenkungen der Koalition  
von Dierk Hirschel

## Betriebsratswahlen

- 21 Betriebsratswahlen 2010 – auch ein Fall für sozialpädagogische Einrichtungen**  
von Stephan Esser
- 22 BeamtInnen an Privatschulen haben das Wahlrecht zum Betriebsrat**  
von Hans Schuster und Wolfram Witte

## Was es sonst noch gibt

- 23 Bildung geht jeden etwas an**  
Bildungsstreik in Würzburg. Vom Plenum des Audimax.
- 25 Der Zeitgewinn oder mein persönliches Jahrzehnt**  
von Hannes Henjes
- 26 Erlesenes**  
- Abrechnung mit den Vertretern des Neoliberalismus  
- Profession Schulsozialarbeit. Beiträge zu Qualifikation und Praxis der sozialpädagogischen Arbeit an Schulen  
- Klassenlektüre für den Deutschunterricht  
Wilhelm Genazino: Eine Frau, eine Wohnung, ein Roman

## Rubriken

- 28 Dies und Das**
- 30 Veranstaltungen**
- 31 Glückwünsche und Dank**
- 32 Kontakte**

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle  
mit Beratung für GEW-Mitglieder:  
Montag und Donnerstag  
von 13.00 - 16.00 Uhr • Tel.: 0 89-54 37 99 59  
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

**Aida soll verstummen.** Wenn es nach staatlichem Willen ginge, würde das Antifaschistische Informations- und Dokumentationsarchiv a.i.d.a. finanziell ausgetrocknet und somit handlungsunfähig. Das bayerische Finanzministerium hat dem Archiv die Gemeinnützigkeit entzogen – begründet mit dem Vorwurf linksextremistischer Ausrichtung, einer dubiosen Behauptung des Verfassungsschutzes. Über die Motive ließe sich trefflich spekulieren. Hat da jemand Angst, dass ihm Beobachter von außen ins Gehege kommen? Unabhängig davon wird aber eines klar: Die Recherchetätigkeit der Staatsregierung hat nicht die Qualität der von ihr bekämpften AntifaschistInnen. Anders kann man sich nicht erklären, dass das Motto einer Nazi-Demonstration im Juni 2008 dort unbekannt geblieben sein soll: »Linksextreme Strukturen erkennen! A.I.D.A.-Archiv verbieten!«. Ist das nun nur peinlich oder muss einen das Grauen überkommen bei so viel Übereinstimmung?

Karin Just

Informationen zu a.i.d.a., Stellungnahmen z. B. des BJR, des Ausländerbeirates und anderer sowie Möglichkeiten zur Solidarität gibt es unter: [www.aida-archiv.de](http://www.aida-archiv.de)

## Spendenaufwurf der GEW für Haiti

Haiti gilt als ärmstes Land auf dem amerikanischen Kontinent und war in der Vergangenheit schon mehrfach von schweren Naturkatastrophen heimgesucht worden. Doch das Ausmaß der jetzigen Zerstörungen übertrifft alles bisher Dagewesene. Die Infrastruktur des Landes ist völlig zusammengebrochen, es gibt kaum Strom und Wasser. Die internationale Katastrophenhilfe läuft an, aber für viele Menschen, die unter den Trümmern begraben sind, kommt jede Hilfe zu spät.

Die GEW ruft zur Unterstützung der Mitglieder der haitianischen LehrerInnengewerkschaft Confédération National des Enseignants d'Haïti (CNEH) auf und bittet um Spenden an den Heinrich-Rodenstein-Fonds.

Spendenkonto: Heinrich-Rodenstein-Fonds  
Konto-Nr. 1 707 274 700 • SEB AG Frankfurt am Main  
BLZ 500 101 11 • Stichwort: Erdbebenhilfe Haiti

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:  
Mitgliedsnummer:  
Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

## Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: [info@bayern.gew.de](mailto:info@bayern.gew.de) • [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)  
**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87  
E-Mail: [KJ@bayern.gew.de](mailto:KJ@bayern.gew.de)

**Redaktionelle MitarbeiterInnen:** Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Doro Weniger, Wolfram Witte.

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Thomas Holtrup

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates

# Neu in Bayern: Regionalbeauftragte gegen Rechtsextremismus



Das folgende Interview mit Günter Kohl und der sich daran anschließende Artikel haben einen gemeinsamen Aufhänger: das »Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus«, das am 12.1.09 vom Ministerrat beschlossen wurde.

Es gilt als die staatliche Reaktion auf die gewalttätige Attacke auf den damaligen Leiter der Polizeidirektion Passau Alois Mannichl. Der Fall konnte bis heute nicht gelöst werden. Die Sonderkommission wurde abgezogen, Alois Mannichl wechselte laut Passauer Neuer Presse ins Polizeipräsidium Straubing.

Damals ging das Thema Rechtsradikalismus verstärkt durch die Presse. Wir, die DDS-Redaktion, entschieden uns im Januar 2009 nach einer ausführlichen Diskussion dafür, das Thema Rechtsradikalismus erst dann wieder zum Schwerpunkt einer DDS zu machen, wenn sich der mediale Hype gelegt hat. Trotzdem haben wir eine E-Mail einer GEW-Kollegin, die uns auf das Handlungskonzept aufmerksam machte und eine Analyse anregte, nicht vergessen.

Ein Jahr später greifen wir nun das Thema bewusst auf: Wir gehen der Frage nach, ob und wie einzelne, damals angekündigte Maßnahmen umgesetzt wurden. Außerdem analysieren wir zwei Schwerpunkte des Handlungskonzepts unter der Fragestellung, welche Konsequenzen diese für die, die in Bildung involviert sind, in Zukunft haben könnten. Tangiert werden vom »Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechts-

extremismus« nicht nur LehrerInnen, sondern auch SozialpädagogInnen, WissenschaftlerInnen, SchülerInnen und Eltern sowie alle, die in der politischen Bildung tätig oder an ihr interessiert sind. Betroffen sind aber auch die, die außerhalb staatlich-institutioneller Strukturen antifaschistisches und/oder gesellschaftspolitisches Engagement zeigen.

## Erste Erfahrungen mit dem »Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus«

**DDS:** Herr Kohl, im »Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus« wird behauptet, interkulturelle Bildung und Erziehung würden schon seit Jahrzehnten an allen Schularten betrieben. Haben Sie dies auch so wahrgenommen, als Sie vor mehr als 20 Jahren mit schulischer Prävention gegen Rechtsextremismus begonnen haben?

**Günter Kohl:** Eines vorab – ich kann nur für berufliche Schulen sprechen. Da betraten wir mit unserer Präventionsarbeit, die wir vor zehn Jahren durch die Konzeption von Schulentwicklungsprojekten gegen Rechtsextremismus und für Toleranz intensivierten, weitgehend Neuland. »Von oben« gab es keine Programme oder Seminarangebote. Alles entwickelte sich »von unten« durch das Engagement einiger Lehrer. Der Gymnasiallehrer Wunibald Heigl, der das Münchener »Anti-Rassismus-Training« ins Leben rief, war z. B. einer von ihnen. Er bildete uns vor zehn Jahren im Rahmen eines Seminars fort.

*Warum verlegten Sie vor zehn Jahren den Fokus Ihrer Arbeit auf das Thema »Schulentwicklung und Rechtsextremismus«?*

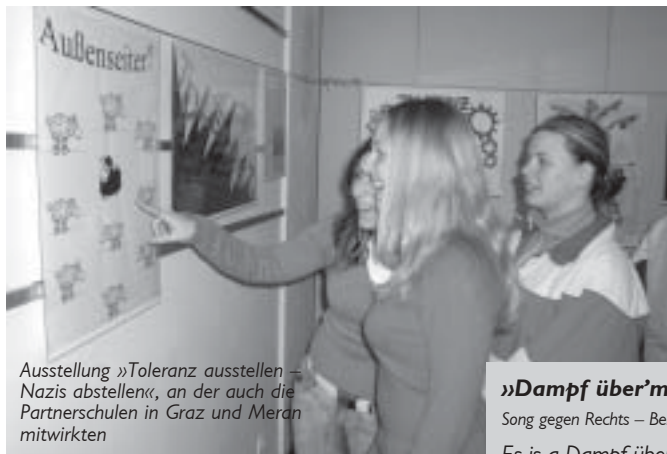
Sinnvolle Präventionsarbeit kann nur geleistet werden, wenn man mehrere Ebenen berücksichtigt. Am wichtigsten dabei ist, einen Prozess der »Inneren Schulentwick-

lung« anzustoßen. Dazu gehören Felder wie Organisations-, Unterrichts- und Personalentwicklung. Um dies umfassend zu erklären, müsste ich weit ausholen. Ich beschränke mich mal auf die wesentlichen Punkte: Eine gegen Rechts »erfolgreiche« Schule beruht auf einem Schulprofil, das in Übereinstimmung entwickelt wird und eine klare pädagogische Wertegrundlage besitzt. Es hat sich am übergeordneten Ziel der Achtung der Würde des anderen zu orientieren und damit an den Menschenrechten. Dieses Profil muss gelebt werden und für alle in allen Situationen gelten. Man muss sich jederzeit darauf berufen und es auch einfordern können. Denn klar ist: Schulen mit gutem Sozialklima sind nachweislich weniger anfällig für Gewalt- und Extremismusprobleme. Hinsichtlich der Unterrichtsentwicklung ist eine Pädagogik der menschlichen Zuwendung, der Anerkennung und der individuellen Förderung nötig. Schule darf keine Außenseiter produzie-

ren, niemanden abwerten und diskriminieren. Ein humaner Umgang ist gefordert. Dies klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Schule muss weiterhin die politische und ethische Urteils- und Handlungsfähigkeit fördern, immunisierende Einsichten vermitteln und die Identitätsbildung der Schüler stärken. Denn



**Günter Kohl** arbeitet als ausgebildeter Gymnasiallehrer seit 1986 am Beruflichen Schulzentrum Oskar-von-Miller in Schwandorf. Dort steckte ein Schüler in der Nacht vom 16. auf den 17.12.1988 aus fremdenfeindlichen und rassistischen Gründen ein Haus in Brand. Vier Menschen starben – drei türkische MitbürgerInnen und ein deutscher. Seither leisten Günter Kohl und seine KollegInnen schulische Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Für ihr Engagement wurde die Schule mehrfach ausgezeichnet. Günter Kohl ist einer der Regionalbeauftragten.



Ausstellung »Toleranz ausstellen – Nazis abstellen«, an der auch die Partnerschulen in Graz und Meran mitwirkten



Bild von einer SchülerInnen-Versöhnungs- und -bildungsfahrt nach Auschwitz/Krakau

man weiß, rechtsradikal denkende Menschen werten auch deshalb andere ab und grenzen andere aus, weil sie Probleme mit der eigenen Ich-Stärke haben.

Sich im Unterricht konkret mit dem Phänomen Rechtsextremismus auseinanderzusetzen, gelingt nur dann, wenn Lehrer ausreichend informiert sind und in Fortbildungen Möglichkeiten schulischer Anti-Rassismus-Arbeit kennenlernen. Wir boten unseren Lehrern schulintern über die Jahre eine Vielfalt an Maßnahmen an, wie z. B. Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen, interkulturell-antirassistische Pädagogik gegen Rechts und für Toleranz, Medienpädagogik für Toleranz, Gedenkstättenpädagogik am Beispiel der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und vieles mehr.

Erst wenn an einer Schule ein positives Sozialklima und eine von der Reformpädagogik beeinflusste Lernkultur herrschen, werden – und damit sind wir auf der zweiten Ebene – Aktionen, Projekte, Lesungen, Bildungsfahrten und dergleichen den gewünschten Effekt der Sensibilisierung für eine Kultur des Respekts und der Anerkennung der Vorzüge einer auf gegenseitiger Achtung beruhenden demokratischen und pluralen Gesellschaft bewirken.

Zuletzt fehlt noch die Ebene der korrektiv-personalen Intervention, d. h. das pädagogische Eingreifen, wenn ein Schüler erkennbar der rechten Szene angehört. Erfolgreich wird man nur dann sein, wenn die Beziehung zwischen Schüler und Lehrer stimmig ist. Fasst ein Schüler kein Vertrauen zum Lehrer, wird er ihm auch nicht offen zuhören oder das Gespräch suchen. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass Lehrer ein wichtiger Mosaikstein sein können, um Schüler vom »rechten Weg« abzubringen.

*Ihre Schule wurde mehrfach ausgezeichnet. Fühlten Sie sich denn während der Arbeitsphasen vom Bayerischen Staatsministerium für Kultus und Bildung konzeptionell, finanziell wie auch personell hinreichend unterstützt?*

Nun, die Konzepte stammen von uns. Eine Unterrichts-entlastung gab es dafür kaum. Als Gesamtleiter eines europä-

### »Dampf über'm Land«

Song gegen Rechts – Berufsschule Schwandorf

Es is a Dampf über'm Land,  
owa i wüll de Sterne seh'ng.  
Es is a Dampf über'm Land,  
doch der is niad so einfach zum Seh'ng.

Es nimmt da Krampf überhand  
Und i kann's scho nimma hern.  
Es nimmt da Krampf überhand.  
Mensch, merk's bloß i?  
Des maou oijn doch störn!

Es wird a Faust aus da Hand,  
wenn i des Unrecht g'spür.  
Es wird a Faust aus da Hand  
Und i heb's und geijh aße af d'Straß'.

Es geht a Kampf quer durch's Land,  
aber i wüll in Fried'n leb'n.  
Es geht a Kampf quer durch's Land  
Und i kämpf, denn sunst kann i niad leb'n.

Ma merkt an brauna Gestank,  
owa i brauch'a frische Luft!  
I möcht'schnafa, möcht'frei sa,  
i stel'mi und drah mi in'n Wind.

Musik und Text: Jürgen Zach, Arrangement: Cyrus Saleki  
Einen Link zum Soundtrack gibt's auf der Homepage bei  
der Internet-Ausgabe unserer DDS: [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

ischen Projekts – wir dehnten unsere Präventionsarbeit während eines dreijährigen Comenius-Projekts sehr erfolgreich auf zwei Partnerschulen in Österreich und Italien aus – erhielt ich eine Verfügungsstunde.

Finanziell sind wir permanent auf der Suche nach Sponsorengeldern, um besondere Unterrichtsmaßnahmen zu finanzieren. Zum Glück unterstützen uns immer wieder Firmen, die unsere Arbeit gutheißen. Für die fachliche Ausbildung bekommt man relativ leicht Gelder. Für pädagogische Angebote, die der Allgemeinbildung dienen, gestaltet sich dies schon schwieriger.

Was die Fortbildungsangebote angeht, waren wir mit der Fülle der eigenen Angebote und des Interesses der Kollegen sicherlich eine Ausnahme. Mittlerweile bieten verschiedene Institutionen wie die Politische Akademie Tutzing, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Projektstelle des Bayerischen Bündnisses für Toleranz in Wunsiedel immer wieder Seminare zu Rechtsradikalismus an. Flächendeckend ist das Ganze allerdings auch heute noch nicht.

*Schulinterne Fortbildungen sollen nun die 15 »Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz« übernehmen, die zu diesem Schuljahr von der Staatsregierung eingesetzt wurden. Verfügen die Regionalbeauftragten über genügend Erfahrungen in der Arbeit mit Rechtsradikalismus?*

Zu den Regionalbeauftragten ist zu sagen, dass es in Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen und Prof. Heiner Keupp (LMU München) sowie Dr. Florian Straus (Institut für Praxisforschung und Projektberatung), die uns bis Juni 2011 wissenschaftlich begleiten, einen klaren »Fahrplan« gibt. So werden wir schulinterne Fortbildungen erst dann anbieten, wenn ein Netzwerk mit verschiedenen Fachstellen und Institutionen geknüpft und die Beratungstätigkeit für von Rechtsextremismus betroffene Schulen, Eltern und Jugendliche in Gang gekommen ist. Außerdem werden wir Fortbildungsangebote in der Gewalt- und Rechtsextremismusprävention koordinieren.



Schreibwerkstatt mit Nevfel Cumart

Einige von uns blicken bereits auf eine längere Erfahrung mit der Thematik zurück. Da ein Schwerpunkt der Arbeit in der Beratungstätigkeit gesehen wird, sind unter uns auch Beratungslehrer und Schulpsychologen, die mit der Thematik weniger vertraut sind. Allerdings gibt es für uns regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen, sodass diese Kollegen sich entsprechendes Know-how aneignen können.

*In einer Mitteilung der Staatlichen Schulberatungsstelle für Oberbayern-Ost wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass »die historisch-politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus [...] nicht Tätigkeitsschwerpunkt der Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz [ist].« Vielmehr ginge es um »Verhalten und Verhaltensformung«. Was halten Sie davon?*

Wie gesagt, ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Beratungstätigkeit. Ob wir jetzt »Verhalten formen«, lasse ich mal dahingestellt. Aber sicherlich können wir Hilfestellungen geben und Kontakte zu Fachstellen herstellen. Dass wir im Moment damit überfordert wären, in unseren Regierungsbezirken für alle Schulen, für die wir tätig sind, die »historisch-politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus« in Gang zu setzen, dürfte auf der Hand liegen. Da müssten wir eine Vollzeitstelle bekommen. Allerdings denke ich schon, dass wir, sofern unsere Arbeit in einem größeren Zeitrahmen gedacht ist, auch hinsichtlich dieses Themas einiges bewirken können.

*Wenn es mit den Fortbildungen der Regionalbeauftragten so weit ist, welche inhaltlichen Schwerpunkte werden sie abdecken?*

Dies ist im Moment noch offen. Nach meiner Erfahrung wäre alles wichtig, was wir an unserer Schule bereits intern angeboten haben. Das Spektrum müsste von interkulturell-antirassistischer Pädagogik bis zu Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen, zur Stärkung von Kommunikationsfähigkeit im Umgang mit rechtsextremen Schülern und zu Anti-Gewalt-Trainings usw. reichen. Ein wichtiger Bestandteil wäre aber auch die Vermittlung neuester Erkenntnisse der Lernforschung, insbesondere der Neurowissenschaften.

*Die Namen der Regionalbeauftragten stehen auf der Internetseite [www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de), die beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist. Ist Ihnen diese enge Verbindung zum*

*Verfassungsschutz bewusst? Sind Sie selbst vor Ihrer Berufung zum Regionalbeauftragten vom Verfassungsschutz überprüft worden?*

Dies ist nicht ganz richtig. Das Informationsportal ist eine Kooperation der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit und der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus, die beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist. Die Verbindung zum Verfassungsschutz ist mir von unseren Informationsveranstaltungen her bekannt. Ob ich selbst vom Verfassungsschutz »überprüft« wurde, weiß ich nicht. Dies ist mir bislang auch nicht in den Sinn gekommen. Die Vorstellung amüsiert mich.

*In einem Vorgespräch zu diesem Interview sagten Sie, dass Sie froh seien, dass mit der Einrichtung von Regionalbeauftragten Ihre Arbeit der letzten Jahre endlich eine Institutionalisierung erfahren hätte. Welche Hoffnungen verbinden Sie damit?*

Ich bin wirklich sehr froh und habe – ehrlich gesagt – nicht mehr damit gerechnet. Seit Langem weise ich in Vorträgen auf die Notwendigkeit einer institutionellen Verankerung von Fachleuten, die aus der Schule kommen und für die Schulen da sind, hin. Vor Jahren habe ich schon vorgeschlagen, mobile Beratungsteams einzurichten. Leider wurde mein Ruf damals nicht erhört. Von der Institutionalisierung als Regionalbeauftragter erhoffe ich mir jetzt eine größere Sensibilisierung im schulischen und öffentlichen Raum für das gefährliche Phänomen Rechtsextremismus.

*Wie müsste sich aus Ihrer Sicht die LehrerInnenaus- und -fortbildung verändern, damit Schulen ihren Beitrag zu einer demokratischen Bildung und Erziehung leisten können?*

Interkulturell-antirassistische Pädagogik sollte Teil der Lehrerbildung sein. Daran würde ich auch gerne mitwirken. Wichtig erscheint mir auch, den angehenden Lehrern viel stärker deutlich zu machen, dass Lehrer zu sein ein helfender Beruf ist.

*Herr Kohl, ich danke Ihnen für das Gespräch.*

*Das Interview führte Dorothea Weniger für die DDS-Redaktion. Alle Bilder entstanden im Rahmen des dreijährigen Schulentwicklungsprojekts »Rechte Gewalt und Prävention«.*



Das Berufliche Schulzentrum organisierte im Juli 2005 ein OpenAir-Konzert unter dem Titel »Songs gegen Rechts«.

# Das Extreme am »Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus«

Am 12.1.2009 beschloss der Ministerrat das 43 Seiten starke »Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus«<sup>1</sup>. Darin setzt die Staatsregierung vor allem auf ein »breites Bündel an präventiven und repressiven Maßnahmen« (S. 14). Unter den vielen Stoßrichtungen, die das Handlungskonzept verfolgt, greife ich exemplarisch zwei Schwerpunkte heraus:

- Polizei und Staatsschutz nehmen zunehmend Einfluss auf schulische Angelegenheiten. Beispiel: Präventionsprojekt »PIT – Prävention im Team«
- Der Verfassungsschutz schleicht sich in die Schulen ein. Beispiel: Internetportal »Bayern gegen Rechtsextremismus«

## Polizei und Staatsschutz bahnen sich den Weg in die Schulen

Das Handlungskonzept postuliert für die Zukunft eine enge Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizei, Staatsanwaltschaft, Schulen, (Jugend-)behörden und Einrichtungen sowie einen umfassenden Informationsaustausch. Oberstes Ziel soll sein, »alle verfügbaren Informationsquellen zur Erkenntnisgewinnung« zu nutzen.

Da das Paket, das unter der Überschrift »Präventionsarbeit von Polizei und Verfassungsschutz« geschnürt wurde, auch das »Abschöpfen von Informanten und V-Personen« (S. 14) einschließt, drängt sich die Frage auf, ob der Verfassungsschutz bereits SchülerInnen und LehrerInnen – vielleicht sogar ohne deren Wissen – als InformantInnen und V-Personen anzapft. Ohne deren Wissen, weil die Verbindung von Schule und Verfassungsschutz nicht immer augenscheinlich ist. Beispiel: Das Projekt »PIT – Prävention im Team«, das von den Staatsministerien für Inneres sowie Unterricht und Kultus gemeinsam mit dem Bayerischen Landeskriminalamt entwickelt wurde (S. 21 f.).

<sup>1</sup> [www.innenministerium.bayern.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/verfassungsschutz/rechtsextremismus/handlungskonzept\\_rechtsextremismus.pdf](http://www.innenministerium.bayern.de/imperia/md/content/stmi/sicherheit/verfassungsschutz/rechtsextremismus/handlungskonzept_rechtsextremismus.pdf); im Folgenden »Handlungskonzept«



Foto: Robert Michel

Die Ziele von PIT lauten:

- »Stärkung der Persönlichkeit durch den Auf- und Ausbau personaler und sozialer Kompetenzen,
- Stärkung des Normenbewusstseins,
- Wecken von Verantwortungsbewusstsein für gefährdete Mitschüler,
- bewussteres Gestalten gemeinschaftlichen Zusammenlebens zur Verbesserung des sozialen Klimas in Klassen und Schulen.« (S. 22)

Keine schlechten Ziele. Doch dann liest man im Handlungskonzept die entscheidende Passage: »Entsprechende Anfragen von Schulen an die Schulverbindungsbeamten der

## Infos zu PIT

PIT steht bereits seit dem Schuljahr 2003/04 zur Verfügung. Die Themen sind »Gewalt«, »Sucht« und »Eigentum«. Die bayerische Staatsregierung geht nun davon aus, dass die dortigen Inhalte problemlos auf das Thema »Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus« übertragen werden können.

Neben dieser inhaltlichen Fehleinschätzung ist zu kritisieren, dass im Rahmen des Projekts über weite Strecken pädagogisch nicht ausgebildete PolizistInnen unterrichten. Ein Fakt, den die Staats-

regierung natürlich kennt. Konsequenzen zieht sie daraus nicht. Sie verlegt sich lieber darauf, auch noch Druck auf die PolizistInnen auszuüben, so z. B. bezüglich etwaiger Schwierigkeiten durch zu große Klassen: »Beachten Sie bei diesem Punkt, dass der Lehrer ständig mit dieser Klassengröße arbeitet und dass deshalb auch davon auszugehen ist, dass Sie mit der Klassengröße zurecht kommen.«

(Handreichung S. 161)

Polizei werden weitergeleitet an das Kommissariat Staatsschutz im Dienstbereich.« (S. 22) Unbeantwortet bleibt: Haben LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern Kenntnis von dieser Weiterleitung ihrer Anfrage an den Staatsschutz? Welche Schritte leitet der Staatsschutz nach Erhalt der Informationen ein?

Bei der 300 Seiten umfassenden Handreichung zu PIT fällt zunächst auf, dass allein 90 Seiten den Unterrichtsmaterialien für PolizistInnen gewidmet sind. Der angebliche Nutzen der Zusammenarbeit mit der Polizei wird dabei geradezu gebetsmühlenartig wiederholt: »Den Kern des Teams bei PIT ... bilden Lehrerin/Lehrer und Polizistin/Polizist. Und je enger beide ... zusammen arbeiten, je engagierter beide ihren Part in den Unterrichtseinheiten vertreten, um so überzeugender erleben die Schüler sie als wirkliches Team, als gleichberechtigte Kooperationspartner ...« (Handreichung, S. 16). Allerdings findet sich hier keine Spur einer Verbindung zum Staatsschutz. Ausschließlich das Handlungskonzept liefert, wie oben gezeigt, den entscheidenden Hinweis.

Nun ist aber Staatsschutz nicht gleich Verfassungsschutz. Richtig ist jedoch auch: »Federführend wirkt das LKA seit 1953 auch beim polizeilichen Staatsschutz und hält dabei Kontakt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz.«<sup>2</sup>

### **Wenn der Verfassungsschutz durchs Hintertürchen kommt**

Das Handlungskonzept kündigt außerdem ein »ressortübergreifendes Informationsportal »Bayern gegen Rechtsextremismus« an (S. 42 f.).<sup>3</sup> Verantwortlich hierfür sind die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Rubrik »Lernen«) und die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus des Staatsministeriums des Innern beim Landesamt für Verfassungsschutz (Rubrik »Wissen«). Bei den Rubriken »Erste Hilfe« und »Links« sind sie gemeinsam federführend. Unter »Erste Hilfe« heißt der erste Menüpunkt »Was tun, wenn ...«, der zweite »Schüler, Eltern, Lehrer«. Ein Klick darauf führt allerdings nur zu einer »Elternberatung«. SchülerInnen und LehrerInnen stehen mit ihren Nöten weiter im Regen. Weichen sie auf die Rubrik »Was tun, wenn ...« aus und wählen dann die unter »Bürgertelefon« angebotene Nummer, kontaktieren sie – sicher vielfach ohne ihr Wissen – den Verfassungsschutz.<sup>4</sup> Der Hinweis nämlich, dass das Bürgertelefon von fünf Verfassungsschützern und zwei Polizisten betrieben wird, fehlt bei der Telefonnummer. Erst die »Details zum Herausgeber« am Ende der Seite geben Auskunft darüber. Zufall oder Absicht? Die Staatsregierung wiegelt ab. Am 23.7.2009 äußert sich Innenminister Herrmann gegenüber der AZ: »Ich glaube nicht, dass irgende-

mand ein Problem hat, bei der Polizei anzurufen, und die meisten Menschen machen sich doch keine Gedanken, ob da ein Lehrer, Polizist oder Verfassungsschützer am Telefon sitzt.«

### **Heute gegen Rechts, gestern und morgen gegen Links**

Dass das Bündel an repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus bereits auf antifaschistische Organisationen, Vereine und Personen angewendet wird, hat a.i.d.a., die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.,<sup>5</sup> im letzten Jahr zu spüren bekommen. Dass dieses Vorgehen kein Einzelfall bleiben wird, kann in aller Deutlichkeit auf den Internetseiten »Bayern gegen Rechtsextremismus« nachgelesen werden: »Neben dem derzeitigen Schwerpunkt »Rechtsextremismus« werden von der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus in einem weiteren Schritt auch die anderen Erscheinungsformen des Extremismus – sei es Linksextremismus oder Ausländerextremismus – in den Blick genommen.«

Das Handlungskonzept selbst gibt Auskunft darüber, was in Zukunft als verfassungsfeindlich gilt: »Eine Handlung kann auch dann »verfassungsfeindlich« im Sinn des Polizeirechts sein, wenn sie gerade keine Straftat oder Ordnungswidrigkeit verwirklicht (Art. 11 Abs. 2 Satz 4 PAG).« (S. 38)

### **Die GEW ist gefordert**

Alle Inhalte des Handlungskonzepts müssen analysiert, Aufklärungsarbeit muss geleistet werden. Aus der Analyse sollten sich für die GEW Forderungen ergeben. Hauptforderung sollte meiner Meinung nach sein: Staats- und Verfassungsschutz haben an Schulen nichts zu suchen! Neben anderen gesellschaftspolitischen Aufgaben hat die Staatsregierung für ein Schulsystem zu sorgen, das konzeptionell, finanziell und personell so ausgestattet ist, dass es der Affinität zu rechtsextremistischen Einstellungen entgegenwirken kann. Daneben sollte der Staat der Notwendigkeit Rechnung tragen, dass zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts entstehen und wachsen kann. Demnach sind unabhängige Organisationen, Vereine und Gruppen finanziell so auszustatten, dass sie ihre antifaschistische Arbeit kontinuierlich leisten können. Diffamierungen und Diskreditierungen ihnen gegenüber sind zu unterlassen.



**von Dorothea Weniger**  
Mitglied der DDS-Redaktion

<sup>2</sup> [www.polizei.bayern.de/wir/geschichte/index.html/23012](http://www.polizei.bayern.de/wir/geschichte/index.html/23012)

<sup>3</sup> [www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de)

<sup>4</sup> Nach den ersten drei Monaten sind laut Innenminister Herrmann bereits 100 Anrufe beim »Bürgertelefon« eingegangen.

Die Autorin recherchiert weiter zum Thema. Eine komplettierte Version dieses Artikels werden wir ab März dieses Jahres auf unsere Homepage stellen.

<sup>5</sup> a.i.d.a. wurde im Bayerischen Verfassungsschutzbericht 2009 kurzerhand als linksextremistisch eingestuft, DDS berichtete im Juni 2009

# Rechtsextremismus als Jugend- bzw. Alltagskultur

Rechtsextreme entsprechen nicht mehr den gängigen Vorstellungen. Glatze und Bomberjacke sind überholte Attribute, die nur noch vereinzelt zu beobachten sind.

Rechtsextreme sind in der Alltagskultur angekommen. Darüber muss man sich klar sein. Sie trainieren Jugendmannschaften im Fußball, arbeiten im THW und bei der Freiwilligen Feuerwehr, engagieren sich in Bürgerinitiativen und mischen in der Kommunalpolitik mit.

Dies ist wichtig festzuhalten, da es immer wieder die Tendenz gibt, Rechtsextremismus »nur« als Jugendproblem wahrzunehmen.

Um den Wandel (inhaltlich, strukturell und optisch) im Rechtsextremismus deutlich zu machen, eignet sich letztendlich ein exemplarischer Blick auf die Jugendkultur.

Immer wieder taucht die Frage auf: »Woran erkenne ich rechtsextreme Jugendliche?« Zwei Aspekte motivieren zu dieser Frage:

1. Die Unsicherheit gegenüber rechtsextremen Jugendlichen und das Bedürfnis, diese einordnen zu wollen
2. Eklatante Wissenslücken

Anders als in den 80er- oder 90er-Jahren sind rechtsextreme Jugendliche nicht mehr unbedingt von anderen Jugendlichen zu unterscheiden. Provokation durch ein entsprechendes Outfit ist nicht mehr gewünscht und gewollt. So ist es inzwischen nur noch wirklich »Szenekundigen« möglich, diese zu erkennen.

Es kann also nicht mehr um ein Erkennen gehen. Es muss in erster Linie um eine Auseinandersetzung mit den Inhalten gehen.

## Gefährliche Überschneidungen

Wer im Vorfeld der Bundestagswahl einmal im Internet den Wahl-O-Mat (<http://www1.bpb.de/methodik/XQJYR3>) ausprobiert und interessehalber die NPD mit angeklickt hat, ist oft erschrocken, wie viele Übereinstimmungen mit dem eigenen politischen Denken sich ergaben. Themen wie Ökologie, Anti-Atomkraft, Tierschutz und Globalisierungskritik sind längst auch von der rechten Politik besetzt. Eine Reduzierung auf »braun, dumpf, blöd« ist also inzwischen realitätsfern.

Je nach Nutzen werden Köpfe und Themen angeführt, die sich ruhig auch widersprechen können. Da wird auf der einen Seite der Holocaust-Leugner und Präsident der Islamischen Republik Iran, Ahmadinedschad, gefeiert und auf der anderen Seite am nächsten Wochenende gegen die Islamisierung und den Bau der Moschee protestiert.

Auch ist es für Rechtsextreme kein Problem mehr, Anglizismen zu verwenden. Sprüche wie »Fuck the System«, »Abolish Capitalism« oder »Fuck the USA« verdeutlichen zudem noch die Adaption ursprünglich linker Aussagen. Auch das Auftreten Rechtsextremer wandelt sich. Die sogenannten »Autonomen Nationalisten« sind auf den ersten Blick nicht mehr vom »Schwarzen Block« der ANTIFA zu unterscheiden.

Seitens der Führungskader der Rechtsextremisten ist der offensiv »kreative Umgang« mit Jugendkultur gewollt, wie folgendes Zitat des Neonazi-Aktivisten Axel Reitz verdeutlicht:

*»Mittels dieses Auftretens besteht die Möglichkeit, sozusagen un-erkannt, da dem bekannten Bild des ›Faschisten‹ entgegen laufend, in die bisher von gegnerischen Lagern beherrschten Gebiete vorzudringen, politisch und kulturell. Graffiti sprühen, unangepasst und ›hip‹ sein können nicht nur die ›Antifazkes‹, sondern auch wir, damit erreichen wir ein Klientel, welches uns bis dato verschlossen geblieben ist.«*

## Rechte Eventisierung

Nach wie vor ist Musik überaus wichtig. In vielen Musikszenen tummeln sich inzwischen »nationale Musiker«.

Hardcore, Black Metal und Pagan-Folk sind nur einige Beispiele von unterschiedlichen Musikgenres, in denen sich – neben überwiegend unauffälligen Gruppen – auch rechtsextreme Bands bewegen.

Eine Reduzierung auf den klassischen »Nazi-Rock« funktioniert also nicht mehr.

Darüber hinaus ist eine »rechte Erlebniswelt« entstanden, die mühelos an die verschiedensten Szenen anknüpft. D. h. jedes Wochenende ist »etwas geboten«. Konzerte, Fahrten, Fußballturniere und Aktionen wie Mittelalterfeste oder Sonnenwendfeiern verdeutlichen die »Eventisierung von Politik« und dienen als Anknüpfungspunkte für »nationale





Aktionen«. Über diese Events – die sicherlich einer der wichtigsten Gründe für erste Kontakte zur Szene sind – werden also auch Inhalte transportiert.

## Rechte Symbole dringen in immer mehr Jugendkulturen ein

Ein Ankommen rechter Symbole und Inhalte im »kulturellen Mainstream« glückt immer öfter.

Hier nur ein Beispiel:



Musiker trägt Fahne mit Schwarzer Sonne anlässlich des 9. Wave-Gothik-Treffens in Leipzig

Foto: imago/Seeliger

Im Rahmen des »Wave-Gothic-Treffens 2009« in Leipzig (immerhin das größte jährliche Festival dieser Art in Europa mit bis zu 20.000 TeilnehmerInnen) wurde an die BesucherInnen eine sogenannte »Obsorgekarte« ausgegeben. In der grafischen Gestaltung dieser Karte wurde ein Symbol verwendet, das als »Schwarze Sonne« bezeichnet wird. Es handelt sich dabei zweifelsfrei um eine spezielle, charakteristische Darstellung mit zwölf Sieg-Runen, die zum ersten Mal in der von Heinrich Himmler umgebauten Wewelsburg (»SS-Schule Haus Wewelsburg«) auftauchte. Das Sym-

bol in dieser speziellen Art wird von rechtsextremistischen Gruppierungen als Erkennungszeichen verwendet.

Eine Beschränkung auf bisherige Klischees, Zuschreibungen, Bewertungen und Feststellungen werden dem aktuellen Problem aber nicht mehr gerecht. Rechtsextremismus ist Alltagskultur geworden.

## Was bedeutet dies für unser Handeln?

Bei meinen Vorträgen erlebe ich immer wieder Aussagen von Fachkräften (LehrerInnen, SozialpädagogInnen, MultiplikatorInnen) wie: »Mit Nazis haben wir kein Problem!«

Dieselben Personen sagen mir dann oft am Ende meines Vortrages, wie schockiert sie sind, mit welchen Inhalten und in welcher Optik Rechtsradikale inzwischen auftreten, und, dass sie dies nicht gewusst hätten.

Diese Aussage impliziert, dass sie letztendlich nicht in der Lage waren, RechtsextremistInnen zu erkennen. Damit können sie eigentlich auch nicht sagen, sie hätten mit Nazis kein Problem.

Somit sind wir wieder bei dem Aspekt, den ich schon angesprochen habe. Wir machen es uns zu einfach. Wir meinen immer noch, rechtsextreme Jugendliche leicht an ihrer Optik oder ihren Inhalten erkennen zu können. Dem ist aber nicht mehr so.

Toralf Staudt hat es in seinem Buch »Moderne Nazis« treffend beschrieben: »Die rechte Jugendkultur ist nicht mehr durch eine – auch nur halbwegs – geschlossene Ideologie gebunden, sie ist ein Mix aus Runenkunde und Rassismus, aus Alkohol und Ablehnung alles Fremden. Und ihre Elemente sind mit fast allen Mode-, Musik- und Lebensstilen kombinierbar.«

Schick gepierct und mit Runengürtel treu national

Foto: Nico Schmidt



## Auseinandersetzung ist überfällig

Essentiell für eine pädagogische Arbeit ist eine Auseinandersetzung mit der inhaltlichen und argumentativen Neuverortung der Rechten gerade im jugendkulturellen Bereich.

Aktives Informieren über Inhalte und Entwicklungen sowie das Zurückgreifen auf Erfahrungen mit rechtsextremen Jugendlichen (evtl. in Schulen, Jugendzentren usw.) sind wichtige erste Schritte.

von Klaus Joelsen

Stadtjugendamt München  
Jugendkulturwerk/  
Politische Bildung  
klaus.joelsen@muenchen.de



# Neue Rekrutierungstrends der extremen Rechten

## Warum sie verfangen und was ihnen entgegenzusetzen ist

Der Rechtsextremismus bleibt nicht ewiggestrig. Er modernisiert sich. Dies tut er in einer Weise, die seine Attraktivität gerade bei jungen Menschen und in der Mitte der Gesellschaft zu steigern vermag. Nicht nur die z. Zt. auf Rekordniveau befindliche einschlägige Straftatenbelastung legt davon Zeugnis ab. Auch der Umstand der hohen Verbreitung sogenannten niedrigschwelligen rechtsextremen Verhaltens (Tragen von Stickern und eindeutiger Kleidung, Hören von Rechtsrock, Äußern ausländerfeindlicher Beschimpfungen) bei über einem Viertel der deutschen 15-Jährigen und das Vertreten ausländerfeindlicher Einstellungen bei gut 40 % dieser Altersgruppe sprechen eine deutliche Sprache (vgl. Baier u. a. 2009).

## Neue Formen rechtsextremer Ansprache

Die Organisations- und Rekrutierungstaktiken der Rechten sind kurz mit den Trends der *Popularisierung*, *Verszenung*, *Normalisierung* und »Sozialarbeiterisierung« zu beschreiben. *Popularisierung* meint die Inszenierung eines Lifestyles, der die politischen Botschaften jugendkulturell rahmt (etwa über Musik und Outfits) und damit für Jugendliche voraussetzungslos nutzbare symbolisch-kulturelle Andockstellen schafft, die jenseits intellektueller bzw. kognitiver Ansprachen liegen. *Verszenung* markiert eine Form von Organisation, die auf mehr oder weniger feste Mitgliedschaften verzichtet und locker strukturierte, punktuelle, temporäre, weniger verbindliche »projektförmige«, tendenziell enthierarchisierte und medial vernetzte An- und Einbindungen schafft (etwa über das Internet). *Normalisierung* hebt auf die Beobachtung ab, dass zunehmend eine »Vermittlung« jener Ori-

entierungselemente vonstattengeht, die vormalig im allgemeinen als typisch für eine rechtsextreme Auffassung angesehen wurden: Diejenigen, die sich fremdenfeindlich oder in anderer Weise minoritätenaversiv geben, zählen sich heute viel häufiger (nämlich zu fast 60 %) zur politischen »Mitte« als noch vor ein paar Jahren (vgl. etwa Decker u. a. 2006, Heitmeyer 2002, 2003, 2005, 2006, 2007, 2008). Der Trend zur »Sozialarbeiterisierung« findet sich vornehmlich in sozial ausgedünnten Landstrichen Ostdeutschlands: Nachbarschaftliche Hilfsleistungen, Mitarbeit bei der örtlichen Feuerwehr, Mitwirkung an Dorffesten u. ä. m. treten als Teil einer Sympathie erheischenden Strategie von »Nationalsozialarbeit« gleichsam wohlfahrtsgesellschaftlich auf den Plan.

Wieso können solche Angebote von rechts Widerhall finden, bei jungen Leuten insbesondere diejenigen, die auf *Popularisierung* setzen?

## Ursachen rechtsextremer Affinität

In äußerster Verkürzung dargelegt, erklärt sich der Aufbau bzw. die Abwendung von rechtsextremen Haltungen durch Verarbeitungsprozesse von Alltagserfahrungen. Für alle Subjekte ist der legitime, ja den Lebensprozess geradezu ausmachende Versuch, die eigene Lebensgestaltung sinnstiftend zu bewerkstelligen, kennzeichnend, also

1. in hinreichender Weise *Kontrolle* über das eigene Leben herzustellen,
2. soziale *Integration* zu erzielen und
3. dafür und dabei solch personale und soziale *Kompetenzen* zu entwickeln, die Kontrolle und Integration aus subjektiver Sicht identitätssichernd ermöglichen bzw. befördern.



Fotos von links nach rechts: imago  
Ina Peek/Müller-Staufenberg/Bild13



Bei diesem Versuch treten einerseits Schwierigkeiten, andererseits Gelegenheitsstrukturen auf, die rechtsextreme Haltungen als Lösungsmöglichkeiten andienen. Solche Schwierigkeiten bestehen einerseits darin, über Arbeit und Bildung keine befriedigenden Kontrollmöglichkeiten (z. B. Selbstwirksamkeitserfahrungen) für das eigene Leben aufbauen zu können – z. B.



Foto: Nico Schmidt

weil Arbeit fehlt oder die Formalqualifikation nicht ausreicht. Andererseits wird die soziale Integration in gemeinschaftliche Zusammenhänge (z. B. Familie) und gesellschaftliche Instanzen des Interessenausgleichs (z. B. Institutionen der gesellschaftlichen Mitsprache) als defizitär empfunden. Im Zusammenhang damit wurden in der Regel auch wichtige Kompetenzen des Zusammenlebens (wie Äußern von Bedürfnissen, (An)Erkennen der Bedürfnisse anderer, verbale Konfliktfähigkeit, Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln, Affektkontrolle etc.) nicht hinreichend erlernt.

Wenn im Zusammenspiel solcher Erfahrungen die Lebensgestaltung scheitert oder zu scheitern droht und gleichzeitig »von rechts« identitätsrelevante Versprechungen und (scheinbare) Möglichkeiten lanciert werden, sie dort realisieren zu können, kann der Push aus Kontroll-, Integrations- und Kompetenzdefiziten zusammenwirken mit Brücken bauenden Gelegenheitsstrukturen.

Entscheidend ist aber das Subjekt, das eine Wahl auf der Basis der Bilanzierung von Erfahrungen vor dem Hintergrund des Interesses an Lebensgestaltung trifft. Diese Bilanzierungen wiederum sind nicht ausschließlich kognitive Prozesse, sondern auch Reflexionen des Selbst, die affektiv-emotional und bio-physisch mit Bezug auf somatische Empfindungen ablaufen.

Deshalb bietet sich die Aufnahme rechtsextremer Orientierungen gerade für diejenigen an, die biografische Brüche im Bildungs- und Berufsverlauf aufweisen, überdurchschnittlich gravierende familiäre Probleme angeben, Schwierigkeiten dabei haben, gewaltfreie Gleichaltrigenbeziehungen zu pflegen, Männlichkeitsmuster interpersonaler Dominanz aufweisen (Jungen) oder zu kopieren suchen (ein Teil der »rechten« Mädchen) und in ihrer Persönlichkeitsentwicklung z. T. gestört erscheinen, z. B. aggressive Impulse kaum kontrollieren können. Ihnen können sich rechtsextreme Offerten besonders erfolgreich zur Selbstwertbestätigung, zum Aufbau von Orientierungsgewissheit, als neue »Familie«, als unverbrüchliches »Kameradschaftsnetz« (vornehmlich von Peers), als Aktionsfläche vermeintlich »echter«, pro-soziale Emotionen weitgehend unterdrückender Männlichkeit und (Schein-)Autonomie sowie generell

als Verhaltensraum andienen. Dies können sie vor allem dadurch, dass Defizite an Empathie, Perspektivenwechsel, Impulshemmung, verbaler Konfliktregulierungsfähigkeit usw. hier nicht auffallen, ja mehr noch, sozial erwünschte Voraussetzungen des Agierens sind.

Solchen Anknüpfungen spielt ein allgemein beobachtbarer Trend zur erlebnisgesellschaftlichen

Überformung des Politischen in die Hand, also die Tendenz, politische Angebote wie Konsumartikel zu bewerben, BerufspolitikerInnen wie Medienstars zu stilisieren und politische Aktivitäten als Spaß-Veranstaltungen zu konzentrieren. Politik von rechts nutzt diesen Trend für das Angebot einer rechtsextremen Erlebniswelt. In ihrem Rahmen gewinnt dann z. B. das Gemeinschaftserlebnis des massenhaft auftretenden »rechten Mobs« im Zuge von Demonstrationsauseinandersetzungen oder auf Skinmusik-Konzerten Attraktivität. Denn sie macht Lebensgestaltung auch in Gestalt von *Erlebensgestaltung* subjektiv erfahrbar (s. weitergehend Möller/Schuhmacher 2007, Möller 2007a, 2008, 2009).

### **Pädagogische Schlussfolgerungen**

Bisher werden die pädagogischen Konsequenzen der erlebnisgesellschaftlichen Prägung des Rechtsextremismus kaum reflektiert. Angesichts der stark auf emotionale und korporal spürbare Anziehungskräfte zielenden neuen Anspracheformen stellt sich jedoch verstärkt die Frage, wie ihnen pädagogisch beizukommen ist. Offenbar kommen wir nur dann bei der Bearbeitung des Rechtsextremismusproblems weiter, wenn wir die hinter solchen Attraktionen stehenden Bedürfnisse ernster nehmen als bisher. Daraus wäre zu folgern, viel stärker als bislang neben kognitiver Aufklärung auf das Vermitteln von Erfahrungen zu setzen, die emotional positiv besetzte Erlebnismöglichkeiten bieten und die denen der »Rechten« funktional äquivalent sind. Dies bedeutet zum einen, jene Defizite aufzuarbeiten, oder besser noch, ihnen gar nicht erst gedeihliche Entfaltungsbedingungen zu geben, die in den etablierten Sozialisationsinstanzen von Familie und Co. bestehen. Möglichkeitsräume für diese Erfahrungen lassen sich aber zum anderen auch – um dies gegen Ende dieses Beitrages wenigstens noch anzudeuten – in noch unmittelbarer professionell-pädagogisch beeinflussbaren Feldern von Beziehungsangeboten, Bewegungskultur, Risikoeleben, Musik, Symbolik, Mode, Gemeinschaftsleben und Partizipationsprojekten auffinden bzw. entwickeln. Konkrete Beispiele sind:

- kontinuierliche Alltagsbegleitungen rechtsextrem gefährdeter und orientierter Jugendlicher durch Teams aufsuchender Arbeit mit intensiven Einzelfallhilfen, die pädagogische Bezüge ermöglichen,
- dabei geschlechts-, insbesondere männlichkeitsreflektierende Ansätze integrieren,
- Einbezug von LaienhelferInnen und ggf. Vermittlung von Patenschaften zu glaubwürdigen Erwachsenen (etwa AussteigerInnen oder Personen, die ein Gewalt-Milieu hinter sich gelassen haben), mit denen eine auf Kontinuität angelegte persönliche Beziehung geknüpft werden kann,
- sport- und erlebnispädagogische Angebote, die einerseits als Grenztests emotionale Höhepunkterlebnisse, andererseits Erfahrungen von Solidarität und gemeinsamem Erfolg gestatten,
- kulturpädagogische Aktivitäten, etwa Musikworkshops für rechtsextrem Gefährdete, in denen die Vorliebe für einen Skinmusikstil aufgegriffen wird, diese aber mit nicht-rassistischen Texten und ursprünglichen Stücken (z. B. aus dem Bereich von Ska und Reggae) »bedient« wird – durchaus auch im Sinne handlungsorientierter Medienpädagogik,
- Freizeitaktivitäten, die Gemeinschaftserfahrungen jenseits der Kohäsionsmedien von Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierungsdiskursen und gemeinsamem Alkoholkonsum ermöglichen,
- Beteiligungsangebote, die die als verstopft angesehenen Kanäle politischer Partizipation und allgemeiner gesellschaftlicher Mitbestimmung erweitern bzw. ergänzen (Jugendforen, -hearings, -räte, Projektgruppen, Hausversammlungen etc.).



**von Prof. Dr. Kurt Möller**

lehrt und forscht an der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit & Pflege der Hochschule Esslingen

Der Artikel wurde gekürzt. Die Langfassung stellen wir auf die Homepage: [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)

**Literatur:**

Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Hannover (KFN).

Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002, 2003, 2005, 2006, 2007, 2008): Deutsche Zustände. Folgen 1-6. Frankfurt/M.

Möller, Kurt (2007a): Soziale Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit. Lebensgestaltung über funktionale Äquivalenzen und Kompetenzentwicklung. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt/M., S. 294-311

Möller, Kurt (2008): Körperpraxis und Männlichkeit bei Skinheads. In: Baur, Nina/Luedtke, Jens (Hrsg.): Was macht den Mann zum Mann? Beiträge zur Konstruktion von Männlichkeit. Opladen, S. 193-238

Möller, Kurt (2009): Gestaltungsbilanzierungen. Zur Bedeutung von Integrations- und Desintegrationserfahrungen im biographischen Verlauf. In: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.): Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotentialen in einer modernen Gesellschaft (Arbeitsstitel). Wiesbaden (erscheint demnächst).

Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007): Rechte Glätzen. Rechtsextreme Szene- und Orientierungszusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden

## Schulen sollen sich nicht kaufen lassen – Schulnamen bewusst wählen – belastete Schulnamen kritisch überprüfen

Der sächsische Historiker Geralf Gemeser hat vor einiger Zeit alle Schulnamen in Deutschland gesammelt und einer kritischen Bewertung unterzogen. Er hat dabei festgestellt, dass bundesweit mehr als 100 Schulen Namensgeber haben, deren Verbindung zur NS-Zeit zumindest moralische Zweifel weckt. Hierbei handelt es sich zumeist um hochrangige Militärs, Industrielle und Literaten. Die GEW begrüßt diese Arbeit. Sie appelliert an alle Schulen, sich mit vorhandenen Schulnamen kritisch auseinanderzusetzen, neue Namen bewusst zu wählen, belastete Schulnamen nicht zu tolerieren und sich auch durch Millionenspenden nicht kaufen zu lassen. Wenn Personen als Namensgeber gewählt werden, müssen sie als Vorbild taugen. Gleichgültigkeit gegenüber belasteten Namensgebern oder das Verschweigen kritischer Aspekte werden dem Bildungsauftrag von Schulen nicht gerecht. Eine Auseinandersetzung mit dem Schulnamen ist politisch und pädagogisch notwendig und sinnvoll, auch wenn Schulen angesichts der hohen Arbeitsbelastung

lieber andere Prioritäten setzen oder Sorge haben, in zeitraubende kommunale Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit war und ist in Deutschland auch mehr als 60 Jahre nach dem Ende der Nazi-Zeit mancherorts immer noch ein heikles Thema. Die GEW verurteilt es aufs Schärfste, wenn KommunalpolitikerInnen Druck auf Schulen ausüben, die sich von belasteten Schulnamen trennen wollen oder sich durch Millionenspenden belasteter Namensgeber nicht kaufen lassen wollen. Die GEW sagt den Schulen Unterstützung zu, wenn sie kommunalpolitisch unter Druck geraten, wie es z. B. jahrelang in der Auseinandersetzung um das Friedrich-Flick-Gymnasium in Kreuztal der Fall war. Der sehr einflussreiche Stifter und als Kriegsverbrecher verurteilte Friedrich Flick hatte sich mit hohen Summen eine Schule als Denkmal in seiner Heimatkommune gekauft. Erst im Herbst 2008 wurde eine mehr als dreißigjährige Auseinandersetzung mit der Umbenennung des Gymnasiums in

»Städtisches Gymnasium Kreuztal« beendet. Dass die Problematik auch mehr als 50 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur wieder aktuell werden kann, hat 2005 die geplante Umbenennung eines Gymnasiums am Tegernsee in Otto-Beisheim-Gymnasium gezeigt. Hier sollten eine zehn Millionen schwere Stiftung des Multimilliardärs und Gründers des Metro-Konzerns sowie enormer kommunalpolitischer Druck auf das eigentlich ablehnende Schulkollegium dazu führen, dass sich Beisheim, der der Leibstandarte SS Adolf Hitler angehörte, durch einen Schulnamen verewigen konnte. Die GEW sieht in der Tatsache, dass es aufgrund der anhaltenden Diskussionen in der Öffentlichkeit nicht zur geplanten Umbenennung kam, ein hoffnungsvolles Zeichen, das betroffenen Schulen Mut machen kann, die öffentliche Diskussion ebenfalls nicht zu scheuen.

*Aufruf der GEW anlässlich des Erscheinens von Geralf Gemesers Buch »Unsere Namensgeber. Widerstand, Verfolgung und Konformität 1933 - 1945 im Spiegelbild heutiger Schulnamen« im Jahr 2009, in dem er sächsische Schulnamen erforscht.*

# Eltern-, Angehörigen- und Opferberatung im Zusammenhang mit Rechtsextremismus

Welche Unterstützung brauchen die Angehörigen und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher? Wie ist die Beratung zu gestalten, damit die Ratsuchenden Handlungssicherheit gewinnen? Wie können die Menschen unterstützt werden, die von rassistischen, antisemitischen oder extrem rechten GewalttäterInnen angegriffen, bedroht und erniedrigt wurden? Die Veranstaltung der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus im Feuerwerk München und der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) stellte das Konzept des Beratungsangebots für Angehörige rechtsextrem orientierter Jugendlicher und die Initiative »Beratung Unterstützung Dokumentation.« der LKS vor.

Mit dem Überblick über rechtsextreme Strukturen in Bayern durch die Fachinformationsstelle wurde der Bedarf an Beratungsstellen unterstrichen: Rechtsextremismus ist weder in der Einstellungs- noch in der Verhaltensdimension als Jugendproblem oder als Randgruppenproblem eingrenzbar und auch nicht einem spezifischen Milieu zuordenbar. Die Verankerung rechtsextremer Orientierungen in der Gesellschaft zeigt sich in der Existenz rechter Organisationen, in der Kameradschaftsszene, aber auch im Rechtspopulismus und in den rechtsextremen Erlebniswelten von Schulhof-CDs, Rechtsrock-Konzerten über Graffiti und Aufkleber bis zur »Action«.

Die Erfahrung von Organisationen, die Ausstiegshilfe anbieten, zeigt, dass häufiger nicht die betroffenen Jugendlichen selbst, sondern Eltern und Angehörige Beratung und Unterstützung suchen. Das Beratungsangebot der LKS existiert seit Anfang 2009. Es ist mobil, das heißt die Beratungsgespräche finden an Orten statt, die den Bedürfnissen der Ratsuchenden entsprechen. Die Anfragen der Angehörigen kommen üblicherweise erst, wenn das Problem der rechtsextremen Orientierung der Jugendlichen nicht übersehbar ist und wenn eigene Versuche zur Einflussnahme gescheitert sind. Die Beratungsarbeit, so Helga Hanusa, sieht die Eltern und Angehörigen als Teil des Problems, als Betroffene und als Ressource. Das Ziel ist, die Kommunikation zwischen Eltern und Jugendlichen aufrechtzuerhalten und zu verbessern, Anregungen zu geben, die elterliche Positionsmacht angemessen zu nutzen und aufseiten der Eltern Selbstsorge und Selbstachtung zu wahren. Die Schritte sind, Klarheit zu gewinnen und den Eltern Einblick in die subjektive Attraktivität des Rechtsextremismus für ihre Kinder zu geben. Weitere Schritte sind, weiterführende Hilfe zu erschließen und gleichzeitig Unterstützung beim Aushalten des Problems zu leisten. Hilfreich sind dabei Vereinbarungen zur Konfliktbegrenzung, z. B. »nazifreie Zonen und Themen« zu definieren. Eine zentrale Grundlage der Beratungsarbeit ist Verzicht auf Schuldzuweisung und auf Beschämung und sie darf vor allem nicht der Anzeigenpflicht unterliegen.

lizei weiterleitet. In der Beratung stehen zuerst die Fragen im Vordergrund: Was ist passiert? Wie geht es dem Opfer? Weitere Schritte werden gemeinsam geplant. Da die Opfer rechter Gewalt oft gesellschaftlich marginalisiert sind, ist ihr Zugang zu Ressourcen erschwert. Nicht zuletzt deshalb ist die Opferberatung notwendig. Die BeraterInnen helfen in Fragen zu möglichem Versicherungsschutz, Beistand durch einen Rechtsanwalt, vermitteln psychologische Unterstützung und begleiten die Opfer beim Prozess. Wenn erwünscht, wird Kontakt zur lokalen Zivilgesellschaft aufgenommen, um z. B. über Spendenaktionen eine Solidarisierung zu aktivieren.

Die Opferperspektive Brandenburg wurde 1998 auf ehrenamtlicher Basis gegründet, mittlerweile hat sie zwei Hauptamtliche. Bislang haben sich vor allem zwei Opfergruppen an die Stelle gewendet: Erwachsene MigrantInnen und jugendliche Linke.

Das entsprechende Angebot in Bayern, B.U.D., gibt es erst seit Kurzem und es wird ehrenamtlich getragen. Nun gilt es, das Angebot bekannt zu machen, und dazu hoffen die Ehrenamtlichen auf breite Unterstützung.

## Eine Herausforderung für Pädagogen und Pädagoginnen: Wenn Jugendliche von RechtsextremistInnen angesprochen sind ...

Im Dezember bekamen SMVs in München Post von der »Bürgerinitiative für Ausländerstopp«. Wie haben die Schüler und Schülerinnen reagiert? Wie haben die Lehrkräfte reagiert? Weitere Fragen: Wie oft hören PädagogInnen rassistische oder antisemitische Äußerungen von Jugendlichen? Bei welchen Gelegenheiten? Wie reagieren sie? Sind sie damit zufrieden?

Fachkräfte aus dem »Netzwerk für demokratische Bildung München« möchten sich mit Kolleginnen und Kollegen über das Ausmaß rechtsextremer Risiken für Jugendliche austauschen.

Termin: **Dienstag, 23. Februar 2010, 17.00 - 18.30 Uhr**

In der AG Friedenspädagogik, Waltherstr. 22, 80337 München (Nähe Goetheplatz)

Kontakt und weitere Termine gibt es über die Geschäftsstelle des Netzwerks demokratische Bildung, Renate Grasse, Tel. 0 89 - 6 51 82 22, [grasse@agfp.de](mailto:grasse@agfp.de)

Die Initiative »Beratung Unterstützung Dokumentation.« (B.U.D.) der LKS basiert auf dem Konzept der »Opferperspektive Brandenburg«. Tobias Pieper stellte die Arbeit und die Erfahrungen dieser Arbeitsstelle vor. Ihre Ziele sind die direkte Hilfe für Gewaltopfer, Angehörige und Zeugen. Weiterhin werden Gewaltvorfälle dokumentiert und es wird – in Absprache und bei Einverständnis der Opfer – Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Der Kontakt zu Opfern wird über lokale Netzwerke oder über einen »Beratungsbrief« hergestellt, den die Po-

Homepage: [www.bud-bayern.de](http://www.bud-bayern.de)

von **Renate Grasse**

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik

Diesen Flyer mit Hinweisen zur Elternberatung gibt es als Download auf der Homepage der Landeskoordinierungsstelle: [www.lks-bayern.de](http://www.lks-bayern.de)



# Ein Pilotprojekt startet in Maxhütte-Haidhof

Projektgruppe »Zwangsarbeit« erarbeitet Wanderausstellung.

Wenn das Wirkliche,  
das Nahe, das Alltägliche  
in Form von Namen, Gesichtern und  
Geschichten Teil einer Rückschau ist,  
wird die Auseinandersetzung mit der  
Vergangenheit zu einer emotionalen,  
zu einer beeindruckenden Erfahrung.

Dies ist die Leitlinie für das Ausstellungsvorhaben der *Projektgruppe Zwangsarbeit* »NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum«, das als Wanderausstellung in kleineren Städten und Gemeinden in ganz Deutschland zu sehen sein soll. Sie soll durch individuelle, auf den Ausstellungsort bezogene Details Unmittelbarkeit und Tiefe erreichen, die direkten und nachhaltigen Zugang zu den Inhalten erst ermöglicht.

Ziel ist, mit diesem Konzept die Arbeit kommunaler HistorikerInnen zu fördern, Schätze aus lokalen Archiven zu bergen, BürgerInnen vor Ort intensiv in die Entstehung ortsspezifischer Ausstellungsteile zu involvieren um letztlich politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu leisten, die bis dato in zu vielen Fällen nicht erbracht wurde.

Die Wanderausstellung besteht aus einem Basismodul, das vor allem die Dimension und die Motivation der massiven Menschenrechtsverletzungen verdeutlicht. Aus vorhandenen Regionalausstellungen und historischen Dokumentationen werden etwa 14 Tafeln zu einer umfassenden Schau zusammengefügt. Dieses Modul wird die Grundlage dafür schaffen, dass der zweite, ortsbezogene Teil der Ausstellung eingeordnet werden kann. Dieser kleinere Part soll von HistorikerInnen vor Ort zusammen mit engagierten BürgerInnen, SchülerInnen und Stadt-ArchivarInnen zum Teil selbst erarbeitet werden. Er beschäftigt sich mit den ortsspezifischen Geschichten der ZwangsarbeiterInnen. Die Projektgruppe »Zwangsarbeit« steht hierbei beratend und koordinierend zur

Seite. Der HistorikerInnen-Beirat soll lenkend eingreifen und die erarbeiteten Ergebnisse wissenschaftlich abnehmen.

Die Schau mit Tafeln und Videostationen ist bewusst für relativ kleine Räume konzipiert (z. B. das Foyer des Rathauses oder die Aula einer Schule). Das Konzept hebt sich durch seine Direktheit ganz bewusst von den üblichen stylisch-urbanen und TV-gerechten Kulturhappenings ab. Die Ausstellung »NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum« soll ein Angebot darstellen, ein gesichertes Fundament bilden, das motiviert, sich vor Ort dieser Aufklärungsarbeit anzunehmen.

Die Pilotausstellung »*Städtedreieck unterm Hakenkreuz – NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum*« soll Ende Februar 2010 in Maxhütte-Haidhof präsentiert werden. Dies aus gegebenem Anlass: Dort wurde in den letzten Monaten über das Verhältnis zum Großindustriellen Friedrich Flick diskutiert. Flick, NSDAP-Mitglied und Arisierung-Profitteur, besaß während der Kriegszeit ein Eisenwerk in der Region. In seinen Fabriken setzte er zehntausende ZwangsarbeiterInnen ein und mehrte durch ihre Sklavenarbeit seinen Reichtum. 1947 wurde er dafür in Nürnberg als NS-Kriegsverbrecher verurteilt. Da Flick aber der wichtigste Arbeitgeber im sogenannten Städtedreieck (Maxhütte-Haidhof, Teublitz, Burglengenfeld) war, wird er dort trotz seiner Taten von manchen idealisiert oder sogar verehrt. Initiativen zur Umbenennung örtlicher Friedrich-Flick-Straßen wurden im Sommer 2009 von den StadträtInnen abgewiesen. Auch Überlegungen zu kommentierenden Zusatzschildern wurden verworfen.

Dies deutet darauf hin, dass keine angemessene und nachhaltige Aufklärung über die NS-Zeit stattgefunden hat. Und dies, obwohl Flick im Jahr 1944 insgesamt 868

ZwangsarbeiterInnen in seinem Eisenwerk beschäftigt. Diese ArbeitssklavInnen bildeten etwa die Hälfte der Belegschaft und wurden zum Teil unter widrigsten Bedingungen in Lagern untergebracht, auch mitten im Ort.

Zudem mussten auf Feldern und im Wald des Landkreises hunderte aus ihrer Heimat deportierte AusländerInnen Schwerstarbeit verrichten – als Ersatz für die eingezogenen Männer. Ohne die ZwangsarbeiterInnen hätten viele Familien ihre Lebensgrundlagen nicht sichern können. So profitierten letztlich die meisten während der Kriegszeit von diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Einige setzten sich aber auch für sie ein und riskierten dabei viel. Selbst Freundschaften wurden geschlossen, die den Krieg überdauerten.

In den letzten 65 Jahren wurde diese Vergangenheit oftmals vergessen, verdrängt oder geschönt. Nun hat sich die Projektgruppe »Zwangsarbeit« in Zusammenarbeit mit Interessierten vor Ort für die Ausstellung intensiv mit unausgewerteten Dokumenten aus regionalen Archiven und Erinnerungen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen auseinandergesetzt. Die Ausstellung soll die BürgerInnen unaufgeregt über das »Damals bei uns« informieren und sensibilisieren. Sie erhebt bewusst nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Gezeigt werden zentrale Teile der Ausstellung »Erinnerung bewahren« der Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung sowie ca. 20 neu erstellte Tafeln mit lokalem Bezug. Über diese thematischen Fallbeispiele wird eine fundierte Annäherung an die Kriegsgeschichte des Städtedreiecks geleistet und der Blick auf die Opfer gelenkt. Ergänzend zur Pilotausstellung ist ein Begleitprogramm geplant. Das Ausstellungsprojekt soll als Fundament für weitere Forschungsarbeit verstanden werden.

Siehe: [www.projektgruppe-zwangsarbeit.de](http://www.projektgruppe-zwangsarbeit.de)



SS und Zwangsarbeiterinnen



Leopold Dudek, 86 Jahre, ehemaliger Zwangsarbeiter, der im Eisenwerk eingesetzt wurde. Hier beim Zeitzeugeninterview für die Ausstellung.

## Fortlaufendes Attentat

Eine Wanderausstellung setzt den Toten von Nazi-Übergriffen seit der Wiedervereinigung ein Denkmal.

Brutalität von rechts ist kein Einzelfall – im Prinzip vergeht kein Tag ohne gewalttätige Übergriffe.

Nun soll eine von der Künstlerin Rebecca Forner in Zusammenarbeit mit dem Verein Opferperspektive gestaltete Wanderausstellung an die Opfer dieser Übergriffe erinnern. Sie besteht aus 151 Tafeln und porträtiert 136 Menschen, die seit der Vereinigung Deutschlands bis Ende 2005 durch rechtsextrem motivierte Gewalttaten zu Tode kamen. Eingerahmt von jeweils drei leeren Tafeln zu Beginn und sechs am Ende, die die Opfer vor 1990 bzw. nach 2005 repräsentieren, stehen am Anfang zwei Tafeln mit einem einführenden Text und eine weitere mit einem Bildnachweis. Daran schließen sich, in chronologischer Ordnung, 136 Tafeln an, die jeweils das gerasterte Foto eines Menschen enthalten, unter dem jeweils Name, Alter, Beruf sowie die Todesumstände der Person notiert sind. Die Angaben der Ausstellung basieren auf Medienberichten: »Den Opfern einen Namen geben« wollten die beiden Tageszeitungen »Frankfurter Rundschau« und »Der Tagesspiegel«, als sie am 14.9.2000 eine Chronik von 93 Opfern

rechter Gewalt seit 1990 veröffentlichten. Darauf greift die Ausstellung maßgeblich zurück. Sie entfachte seinerzeit politischen Streit, weil das Bundesinnenministerium im gleichen Zeitraum nur 24 Todesfälle durch rechte Gewalt registriert hatte.

Im Mai 2001 änderten die Innenminister von Bund und Ländern das System zur Erfassung rechter Straftaten. Aber noch im September 2004 bewertete die Bundesregierung nur 39 Fälle seit 1990 als rechtmotiviert.

Es gibt viele Tote, die niemals Schlagzeilen machten und von deren Schicksal keine Statistik zeugt. Die Ausstellung erinnert an diese Menschen und thematisiert zugleich die anhaltende Verdrängung rechter Gewalt.

Wurde kein Bild eines Opfers veröffentlicht, ist sein Porträt durch eine leere Rasterfläche ersetzt. Zwischen die Porträts der Opfer sind beliebig gewählte Urlaubspostkarten montiert, die das Selbstverständnis von Gastfreundschaft und Offenheit mit der Realität von

Hass und Gewalt in ein Spannungsfeld setzen. Aktuell veröffentlicht die Berliner Wochenzeitung »Jungle World« (»Deutsches Haus«, seit 1997) und das Hamburger Magazin »Konkret« (»No-go-area Deutschland«) regelmäßig Listen über rechte Übergriffe.

»Opfer rechter Gewalt«  
Entleihbare Wanderausstellung  
Infos: [www.opfer-rechter-gewalt.de](http://www.opfer-rechter-gewalt.de)

(Gekürzt aus Soli aktuell 04/09)

### Rechte Straftaten: eindeutig zu viele

Die Fraktion Die Linke hat die Bundesregierung nach politisch rechts motivierten Straf- und Gewalttaten gefragt. In Deutschland, so die Antwort, seien in den Jahren 1990 bis 2008 bei 40 politisch rechts motivierten Gewalttaten insgesamt 46 Menschen ums Leben gekommen. MenschenrechtsexpertInnen zählten allerdings seit 1990 an die 200 Todesopfer. Im gleichen Zeitraum ist es laut Regierungsangaben zu 141 versuchten Tötungsdelikten gekommen. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 20.422 politisch rechts motivierte Straftaten registriert. Davon konnten 8.134 Delikte aufgeklärt werden. Im August 2009 wurden allein 1.396 politisch rechts motivierte Straftaten gemeldet. Dabei wurden 46 Menschen verletzt. In 56 Fällen (von 1.396) handelte es sich um Gewalttaten, in 872 Fällen um Propagandadelikte. Es wurden 672 Tatverdächtige ermittelt.

siehe: [dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/140/1614069.pdf](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/140/1614069.pdf) • Info aus: Soli-aktuell 11/12-2009

Das ganze Ausmaß systematischer Verdrängung sei dadurch deutlich geworden, so die Aussteller, dass das Ministerium nicht einmal den Tod von Farid Guendoul, der von Rechtsextremisten im Februar 1999 in den Tod getrieben wurde, zur Kenntnis genommen hatte. Die »Hetzjagd von Guben« hatte bundesweit Schlagzeilen gemacht, aber weil die Täter nur der »fahrlässigen Körperverletzung« angeklagt wurden, gab es offiziell kein Opfer.

## Das Frauen-Kabarett Generationen **komplott** stellt Fragen

"Kann denn Jubeln Sünde sein?"

**Frauen unter Hitler**  
eine historische Text-Musik-Show zur NS-Zeit

Besuchen Sie unsere website  
[www.frauen-kabarett.de](http://www.frauen-kabarett.de) ✉  
gisela.e.marx@web.de  
fon/fax 0 221 - 39 43 26

Die NS-Zeit soll ja eine rein männlich bestimmte Ära gewesen sein. Es hat sich aber herumgesprochen, dass auch ein paar ganz normale Frauen – genauer gesagt, ein paar Millionen ganz normale Frauen – begeistert gejubelt haben sollen. Und jetzt kommt die böse Frage:

**Waren die alle so viel blöder als wir?**

Begleiten Sie uns auf eine groteske Zeitreise in die NS-Zeit, in der wir keinen Halt machen vor sämtlichen Abgründen und kuriösen Widersprüchen des Hitler-Regimes. Dabei begegnen wir Gespenstern wie der deutschen Heldenmutter, der rassistisch hochwertigen Frau, der Nazi-Karrierefrau, der rassistischen Emanze oder dem staatlich vollverwerteten Mutternutztier. Eine satirische Geisterbahnfahrt durchs weibliche Bewusstsein im »Dritten Reich«. Und im Zentrum der Reise immer die Frage:

**Wo waren die Rebellinnen?**

Zurückgekehrt in die Gegenwart, treffen wir auf Ausdrücke wie »Volkstod« oder »die Natur der Frau ist die Hausfrau« wie auf untote Wiedergänger. Und am Ende des Konflikts zwischen der Oma aus der Täterinnengeneration und der Punk-Kratzbürste steht die heiße Frage:

**Was würde ich heute tun?**

Weitere Angebote zum Thema gibt es auf Seite 27 unter der Rubrik »Dies & Das«.

# Wenn's für 7 KollegInnen nur 2 AZ gibt ...



**... wird das Engagement der anderen abgewertet!**

Weniger als 15 % der KollegInnen in A12 erhielten zum 1. September 2009 die Beförderung nach A12 plus Amtszulage, was monatlich 206 Euro brutto ausmacht. Die bayerische Regierung und Standesverbände wollten mit diesem »funktionslosen Beförderungsamt« bei den Beschäftigten punkten. Aber erst kam die untaugliche Beurteilung, dann noch die hohen Hürden für die Amtszulage – so erzeugt man mehr Frust als Motivation! Denn die meisten KollegInnen arbeiten seit Jahren und Jahrzehnten engagiert und zuverlässig, wurden aber bei der bisherigen Beförderungaktion nicht berücksichtigt.

Am 1. September 2010 sollten noch mal ein paar Tausend Lehrkräfte in diese Beförderungsrunde einbezogen werden. Doch halt! Da hatte das bayerische Kabinett im November 2009 eine Sparidee: Es beschloss die Verschiebung dieses Termins um vier Monate auf den 1. Januar 2011. (Ist ansonsten einfach zu teuer, wenn die Landesbank am Staatstropf hängt!)

## Nun zur Verteilung auf die Bezirke

Wie folgt verteilen sich die Beförderungen auf die Bezirke. Die folgende Tabelle wurde aufgrund einer Landtagsanfrage vom KM herausgegeben.

Nehmen wir mal an, die Zahlen stimmen und das KM hat sich nicht so oft geirrt wie Bezirksregierungen (die auf-

grund der nicht ganz leichten Berechnung des Beförderungsdienstalters doch eine ganze Reihe von Korrekturen vornehmen mussten), dann sehen die Ergebnisse folgendermaßen aus:

### Verteilung der vergebenen Prädikate auf Regierungsbezirke:

Reg. Bez.	HQ bzw. BG *	UB	EN	WE	MA bzw. IU
Obb.	7,5 %	36,2 %	45,7 %	10,0 %	0,5 %
Ndb.	8,0 %	38,0 %	42,9 %	10,6 %	0,6 %
Opf.	8,4 %	37,5 %	41,9 %	11,4 %	0,8 %
Ofr.	7,5 %	37,6 %	45,8 %	8,3 %	0,8 %
Mfr.	7,8 %	37,8 %	42,4 %	11,4 %	0,6 %
Ufr.	7,9 %	36,4 %	44,0 %	10,8 %	0,8 %
Schw.	8,3 %	36,8 %	42,5 %	11,7 %	0,8 %
Gesamt	7,8 %	37,0 %	43,9 %	10,6 %	0,6 %

\* Beurteilungsnoten:

HQ = Leistung, die in allen Belangen von herausragender Qualität ist

BG = Leistung, die die Anforderungen besonders gut erfüllt

UB = Leistung, die die Anforderungen übersteigt

EN = Leistung, die den Anforderungen insgesamt entspricht

WE = Leistung, die die Anforderungen im Wesentlichen erfüllt

MA = Leistung, die Mängel aufweist

IU = Leistung, die insgesamt unzureichend ist



### Anzahl der vergebenen Prädikate pro Altersstufe:

Alter	HQ bzw. BG *	UB	EN	WE	MA bzw. IU
bis 35	5,1 %	29,6 %	50,6 %	14,4 %	0,2 %
36 - 45	8,6 %	34,4 %	45,2 %	11,4 %	0,3 %
46 - 55	8,5 %	39,1 %	42,6 %	9,0 %	0,7 %
ab 56	7,4 %	41,2 %	40,4 %	9,8 %	1,1 %
<b>Gesamt</b>	<b>7,8 %</b>	<b>37,0 %</b>	<b>43,9 %</b>	<b>10,6 %</b>	<b>0,6 %</b>

### Anzahl der vergebenen Prädikate nach Geschlecht:

Geschlecht	HQ bzw. BG *	UB	EN	WE	MA bzw. IU
männlich	9,9 %	37,9 %	38,6 %	12,4 %	1,2 %
weiblich	7,3 %	36,7 %	45,4 %	10,1 %	0,5 %
<b>Gesamt</b>	<b>7,8 %</b>	<b>37,0 %</b>	<b>43,9 %</b>	<b>10,6 %</b>	<b>0,6 %</b>

### Anzahl der vergebenen Prädikate nach Beschäftigungsverhältnis:

Art der Beschäftigung	HQ bzw. BG *	UB	EN	WE	MA bzw. IU
Teilzeit	6,1 %	35,2 %	47,3 %	10,9 %	0,6 %
Vollzeit	9,7 %	38,9 %	40,3 %	10,3 %	0,7 %
<b>Gesamt</b>	<b>7,8 %</b>	<b>37,0 %</b>	<b>43,9 %</b>	<b>10,6 %</b>	<b>0,6 %</b>

**München:** »Dienstliche Beurteilungen erfüllen ihren Zweck nur, wenn sie nach objektiven Gesichtspunkten ... erstellt werden. Eine Quotierung ist nicht vorgesehen.«

Das sind zwei Sätze aus dem KMS zur Beurteilung vom 10.11.2009, nicht etwa vom 11.11. um 11.11 Uhr! Wo bitte sind die »objektiven Gesichtspunkte«, die von allen BeurteilerInnen in gleicher Weise verstanden und angewendet werden? Es gibt sie nicht, weil die LehrerInnenarbeit weder Handwerks- noch Industriearbeit ist, die sich an Produktions-, Verkaufs- bzw. Ausschusszahlen messen lässt. Endgültig illusorisch klingt der erste Satz des KMS, wenn man weiß, dass Beurteilungen von Tausenden recht verschiedenen RektorInnen und SchülerrätInnen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen und Einstellungen festgelegt werden. Das aber ist keineswegs das einzige Problem, das im KM ignoriert wird.

Auch der zweite Satz geht an der Wirklichkeit vorbei: »Eine Quotierung ist nicht vorgesehen«, steht da. Seltsam, dass alle Schulämter und Bezirksregierungen wussten, was als Durchschnitt rauskommen muss. So ein Zufall aber auch!

Oder: In seiner unerforschlichen Größe weiß das KM einfach schon vor einer Beurteilungsrunde, welche Ergebnisse diese bringt. Sonst wär's ja nicht das KM.

**Nürnberg:** Der Vorsitzende des BLLV Mittelfranken, Gerhard Gronauer, griff in seinem Info 09/2009 die GEW an, weil diese einigen Mitgliedern für die juristische Prüfung ihrer Beurteilungen und der Beförderungskriterien Unterstützung gewährt. Aber das gehört nun mal zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz dazu, wenn Mitglieder ihre Zweifel an der Verwaltung haben.

Wozu Herr Gronauer schweigt, ist die fehlende Gegenwehr des Hauptpersonalrats in der Frage der Zwangsbeurteilung. Dessen Mehrheit erhob nämlich keine Einwände dagegen, dass 2009 nahezu alle LehrerInnen in A12 beurteilt werden sollten, auch wenn sie ausdrücklich darauf (und auf die mögliche Beförderung) verzichten wollten. Und 2010 setzt sich diese Zwangsbeurteilung fort, weil der HPR (wiederum in seiner Mehrheit) diese Praxis toleriert. Dass die GEW-KollegInnen im HPR ihre Stimme dagegen erhoben, wissen wir.


**Tuntenhausen:** »Gegen Sex, Bikinis und die Pille. Marcel Huber wird neuer Chef des Katholischen Männervereins Tuntenhausen«. So titelte die SZ am 26.11.2009 im Bayernteil. Sie kennen Marcel Huber nicht? Sollten Sie! Marcel Huber ist Staatssekretär im KM, kommt also gleich nach Staatsminister Spaenle und trägt somit seinen Teil der Verantwortung für die untaugliche Beurteilungspraxis. Zu seiner Entschuldigung sei erwähnt: Herr Huber ist Doktor der Tiermedizin. Welche Laune seines Chefs Seehofer ihn in den Führungszirkel des bayerischen Schulministeriums verschlagen hat, ist noch nicht erforscht. Der weitere Aufstieg Marcel Hubers scheint jedenfalls gesichert. Seine Vorgänger im Vorsitz des Männervereins Tuntenhausen (der heißt wirklich so, kein Witz!) hießen z. B. Hundhammer, Streibl oder Zehetmair, also alles Männer mit nennenswerten Partei- und Kabinettskarrieren.

*zusammengestellt von Kolleginnen und Kollegen der GEW Oberfranken*

## Die Forderungen der GEW zur Beurteilung haben sich nicht geändert:

 **Beurteilung nur auf eigenen Antrag**

 **A 13 als Eingangssamt für alle LehrerInnen**

 **Keine Vorgesetzten in den Personalrat! Und beurteilende schon gar nicht!**

*V.i.S.d.P.: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München*

Aktuelle Glosse:

## Die Tücken der Beurteilung an bayerischen Schulen

Eine ganz neue Erfahrung habe ich machen können. Ich habe Mitleid mit einem Schulleiter gehabt.

Darf doch so ein Schulleiter nur eine ganz geringe Anzahl sehr guter und guter Beurteilungen geben. Eine sehr gute eigentlich schon gleich überhaupt nicht, denn eine solche Beurteilung gibt es im ganzen Regierungsbezirk nur ein Mal und da durfte ich dann sogar raten, wem die zugesprochen wurde. Ich gebe gleich zu, ich habe das Rätsel nicht gelöst. Und für eine einzige weitere gute Beurteilung hat der Gute auch noch kämpfen müssen, kämpfen gar, der Ärmste. Und weil er so viele gute Leute in seinem Kollegium hat, fällt ihm das alles noch schwerer.

Er würde doch viel lieber die Leute so beurteilen, wie er sie beurteilen würde, wenn er sie so beurteilen dürfte, wie er wollte, wenn er wollen könnte, wie er möchte. Aber dürfen hat er sich halt doch nicht getraut. Lief er doch ansonsten vermutlich Gefahr, selber nicht so beurteilt zu werden, wie er sich das erhofft.

Neu war diesmal auch, dass der Schulleiter die Richtlinien, unter denen er so zu leiden hat, dem Publikum vortragen hat. Zunächst war ich etwas verwundert. Hat er doch in seinem Kollegium so viele gute Leute um sich geschart und die sollten doch allesamt des Lesens kundig sein. Aber das hat sich dann geklärt. So hat er um Verständnis gebeten und gleichzeitig gezeigt, dass jene wenigen, die gut und sehr gut zu beurteilen sind, turmhoch über allen anderen schweben, ja schweben müssen. Sonst wären die Kriterien einfach nicht zu erfüllen. Die zu zitieren erspare ich mir. Sind aber trotzdem schön zu lesen.

Und dann wird auch klar, warum die so sind. Könnte es doch sein, dass ein armer Schulleiter sich vergreift und sozusagen das falsche Täfelchen zieht. Dann könnte der Vorgesetzte immer noch danach fragen, ob denn der Beurteilte tatsächlich so turmhoch schwebt, wie er schweben müsste. Und weil das niemand kann, kann man die gute Beurteilung dann in eine fast so gute, aber eben nur fast, umwandeln.

Und wenn ein Jemand gut beurteilt wird und auch nicht schwebt, aber niemand bemerken möchte, dass auch er das nicht kann, ist es gut. Wer sollte dann Einspruch erheben? Eben, und so pflanzen sich die Schulleiter und auch die Schulleiterinnen sozusagen durch eine Art von Zellteilung oder Klonen fort.

Da hat jetzt allerdings mein Mitleid ein Ende, habe ich doch mit den so Geklonten zu tun und selten eine Ausnahme erleben dürfen.

Mein Rat: Einfach nicht zum Nachbarn schauen. Noch besser wäre es allerdings, alle Beurteilungen an einem Schwarzen Brett auszuhängen. Da gäbe es vermutlich einigiges zu lesen. Das könnte dann sogar Spaß machen.

von Robert Wingerter



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter: [www.AjuM.de](http://www.AjuM.de) (Datenbank) oder [www.LesePeter.de](http://www.LesePeter.de)

Im Februar 2010 erhielt den LesePeter das Jugendbuch

### Beate Teresa Hanika: Rotkäppchen muss weinen

Fischer Schatzinsel 2009

Hardcover • 222 Seiten • 12,95 EUR

ab 12 Jahren

ISBN 978-3-596-85336-6

Malvina wird 14 und hat im Jahr zuvor noch Bandenkrieg gegen die Jungs gespielt. Jetzt lernt sie deren Anführer ganz anders kennen und es entwickelt sich eine zarte erste Liebesgeschichte. Den Auftakt bildet aber die ekelbesetzte Begegnung mit ihrem Großvater – und unter ihrer beredten Erzählung des pubertären Erlebens tritt immer deutlicher werdend eine Geschichte von Missbrauch, verlogener Erpressung und Wegblicken und Ignorieren der gesamten Familie zutage.

## Stadt Nürnberg

[www.nuernberg.de](http://www.nuernberg.de)

Die Stadt Nürnberg ist der zweitgrößte kommunale Schulträger in Bayern mit ca. 23.000 Schülerinnen und Schülern an 36 beruflichen Schulen.

Wir suchen zum Schuljahr 2010/2011

## Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an beruflichen Schulen

in den Fachrichtungen

- Wirtschaft (Diplom-Handelslehrer/innen)
- Drucktechnik (Druck- und Medientechnik)
- Elektro- und Informationstechnik
- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaften
- Metalltechnik (besonders Fertigungs- und Kraftfahrzeugtechnik)
- Bautechnik
- Sozialpädagogik

### Ihre Aufgaben

Gesucht wird eine engagierte Lehrkraft, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mitgeht, team- und handlungsorientiert unterrichtet, über hohe Fach- und Sozialkompetenz verfügt, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzt, mit ihren kreativen Ideen die Qualität der beruflichen Schulen fördert und sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulgemeinschaft engagiert. Als Bewerberin/Bewerber haben Sie die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen in der jeweiligen Fachrichtung erfolgreich abgelegt.

### Wir bieten

bei Vorliegen der Voraussetzungen eine Beschäftigung im Beamtenverhältnis, ansonsten eine Beschäftigung nach den Bedingungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst.

### Ihre Bewerbung

senden Sie bitte mit aussagefähigen Bewerbungsunterlagen an die **Stadt Nürnberg, Personalamt, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg**. Bitte verwenden Sie nur Kopien, weil eine Rücksendung der Unterlagen nicht erfolgen kann. Für eine erste Kontaktaufnahme stehen Ihnen Frau Deinhard unter Telefon (0911) 231-2346, Herr Haas unter Telefon (0911) 231-2341, Frau Haupt unter Telefon (0911) 231-2582 und Frau Leonhardt unter Telefon (0911) 231-2981 zur Verfügung.

Die Stadt Nürnberg fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu erleichtern, wird, entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Teilzeitarbeit ermöglicht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt. Wir freuen uns, wenn sich Bewerberinnen und Bewerber aller Nationalitäten angesprochen fühlen.

Nürnberg

# Die schwäbische Hausfrau irrt

## Höhere Löhne und steigende Staatsausgaben fördern die Konjunktur stärker als die kreditfinanzierten Steuer-senkungen der Koalition

Die Tarifrunde 2010 ist eröffnet. GEW, ver.di und Beamtenbund streiten für fünf Prozent mehr Lohn. 4,6 Milliarden Euro sollen in die Brieftaschen von BusfahrerInnen, Krankenschwestern und Müllmännern fließen. Doch die Gehaltsrunde steht im Zeichen der Krise. Die Löscharbeiten an den brennenden Frankfurter und Münchner Glaspalästen haben die Staatsfinanzen ruiniert: ein 500 Milliarden schwerer Bankenrettungsschirm, ein 100-Milliarden-Wirtschaftsfonds und die 80 Milliarden teuren Konjunkturprogramme. »Geht nicht – gab es nicht«, solange die Geldhäuser noch in Flammen standen.

Die öffentlichen Ausgaben für Kurzarbeit, Arbeitslosengeld und Hartz-IV-Leistungen klettern immer weiter. Dieses Jahr droht ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um mehr als 600.000. Jeder neue Erwerbslose kostet den Sozialstaat fast 20.000 Euro. Hinzu kommen krisenbedingt sinkende Steuern und Beiträge. Bis 2013 drohen Steuerausfälle von rund 300 Milliarden Euro. Die Sozialkassen bluten aus. In der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung fehlen 2010 etwa 32 Milliarden Euro. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben reißen ein 130 Milliarden Euro großes Loch. Städten und Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals. Immer mehr Kommunen finanzieren Sozialleistungen, Kitaplätze und Personal über Kassenkredite. Der öffentliche Schuldenberg hat sich auf 1,6 Billionen Euro aufgetürmt. Allein der Bund zahlt dieses Jahr 40 Milliarden Euro Zinsen.

Die roten Zahlen sprechen eine klare Sprache: Nichts geht mehr! Die öffentliche Armut lässt Bund und Kommunen keinen verteilungspolitischen Spielraum. Schließlich kann niemand einem nackten Mann in die Tasche greifen. Deswegen erschrak der oberste deutsche Kassenwart, als seine »Staatsdiener« fünf Prozent mehr Geld forderten.

### Finanzpolitische Geisterfahrt

So schwer kann der Schock aber nicht gewesen sein. Denn wer wie Wolfgang Schäuble die bisherige finanzpolitische Geisterfahrt von Schwarz-Gelb überlebt hat, den dürfte eigentlich nichts mehr erschüttern. Zudem ist der Finanzminister im wirklichen Leben ein richtig lausiger Sparkommissar. Gerade erst verteilte der »Herr der leeren Kassen« ein neun Milliarden schweres Steuergeschenk an ErbInnen, UnternehmerInnen, BesserverdienerInnen und HotelbesitzerInnen. Weitere 24 Milliarden Steuerentlastung sollen 2011 folgen. Der inzwischen bekennende Keynesianer Schäuble finanziert die schwarz-gelben Entlastungen mit neuen Schulden. Tariflohnsteigerungen auf Pump hält der



Foto: Robert Michel

schwarze Finanzminister aber für Teufelszeug. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich.

Denn eigentlich folgen Tarif- und Steuersenkungspolitik auf Pump der gleichen Logik. Beide Maßnahmen setzen auf der Nachfrageseite an. Steigende Einkommen sollen den Konsum stärken. Wenn Nachfragemangel vorherrscht – dies trifft auf die aktuelle Krise zu – können so Wachstum und Beschäftigung entstehen. Im Idealfall entwickelt sich ein selbsttragender Aufschwung. Anschließend spült das höhere Wachstum mehr Steuern in die Staatskasse. Es ergibt sich ein beachtlicher Selbstfinanzierungseffekt.

In der Krise verhalten sich Gewerkschaften und oberster Kassenwart also nicht wie die sprichwörtliche »schwäbische Hausfrau«. Wolfgang Schäuble kann niedrigere Steuern nicht über weniger Ausgaben gegenfinanzieren. Ohne neue Schulden gibt es keinen Nachfrageschub. Auch steigende öffentliche Personalausgaben müssten zunächst kreditfinanziert werden. Höhere Gehälter dürften nicht durch sinkende Sozialtransfers und geringere Investitionen eingespart werden. Wer in der Krise spart, verschärft nur den Nachfragemangel. Die wirtschaftliche Talfahrt beschleunigt sich. Am Ende wächst nur der Schuldenberg. Dies haben inzwischen auch die Jünger Ludwig Erhards verstanden. Soweit – so gut.

### Schäubles Reichtumspflege

Schlecht ist, dass Schäuble die Reichtumspflege wichtiger ist als die ökonomische Wirksamkeit der Maßnahmen. Die Wachstums- und Selbstfinanzierungseffekte von steigenden Tariflöhnen respektive Staatsausgaben sind deutlich höher als bei Steuersenkungen. Mehr Geld für öffent-

lich Beschäftigte kommt überwiegend der Mittelschicht zugute. Diese hat eine hohe Konsumquote. Mindestens ein Drittel der Lohnsteigerung fließt über Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wieder direkt in die Staatskasse zurück.

Wenn hingegen Steuern gesenkt werden, ist unklar, was mit dem höheren Nettoverdienst passiert. Mehr Netto vom Brutto für Haushalte mit dickem Geldbeutel füllt lediglich die Sparbücher. Besserverdienende sparen mindestens jeden vierten Euro. Ihre niedrige Konsumquote kommt kaum den Kassen des Einzelhandels oder Handwerks zugute. Mehr Netto vom Brutto für kleine und mittlere Einkommen kann hingegen den Konsum ankurbeln. Jedoch profitieren GeringverdienerInnen hierzulande kaum von sinkenden Steuern. Die Hälfte der gut 46 Millionen Privathaushalte zahlt keine Einkommenssteuer. Und 11,4 Millionen Haushalte verdienen zu wenig, um Steuern zu zahlen. Höhere Freibeträge und flachere Tarifverläufe entlasten nicht. Je größer die verteilungspolitische Schieflage von Steuerenkungen, desto geringer sind die Wachstumsimpulse. Ohne Wachstum bleiben aber nur steigende Schulden. Die öffentlichen Haushalte werden einnahmeseitig ruiniert.

Für den deutschen Michel ist dies keine unbekanntere Erfahrung. So war die Steuerreform 2001 bereits ein Rohrkipper. Massive Einkommens- und Unternehmenssteuersenkungen gingen einher mit einem fünfjährigen wirtschaftlichen Stillstand. Die Staatsverschuldung kletterte auf Rekordhöhen. Jetzt scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Das kürzlich verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz begünstigt fast ausschließlich Besser- und SpitzenverdienerInnen. Alles deutet darauf hin, dass die schwarzgelbe Politik nicht den Wachstumsmotor auf Hochtouren bringt, sondern nur höhere Schulden hinterlässt.

## **Dickes Ende programmiert**

Das dicke Ende ist programmiert. Bund, Länder und Kommunen haben wegen der grundgesetzlichen Kreditbremse ab 2016 nur noch sehr enge Verschuldungsgrenzen. Allein bis 2016 ergibt sich ein Konsolidierungsbedarf von 70 Milliarden Euro. Mit den koalitionsvertraglich vereinbarten Steuersenkungen müssen 100 Milliarden Euro eingespart werden.

Dann kommt die Zeit liberaler Sparbücher, Diätpläne und Privatisierungsphantasien. Die Folge wäre ein Schrumpfstaat. Für die dringend gebotenen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Umwelt und Infrastruktur würden dann aber die Mittel fehlen. Leidtragende wären die abhängig Beschäftigten, RentnerInnen und Arbeitslose. Sie würden über Jahrzehnte den Scherbenhaufen zusammenkehren, den zockende Banker hinterlassen haben.

Soweit darf es nicht kommen. Die leeren Kassen sind nicht zufällig leer, sondern wurden geplündert. Der öffentlichen Armut muss der Spiegel privaten Reichtums vorgehalten werden. Die Schulden des Staates sind immer auch die Forderungen und Vermögenszuwächse der Banken, Versicherungen und reichen Privathaushalte.

Sparguthaben, Wertpapiere, Lebensversicherungen, Immobilien abzüglich der Bau- und Konsumschulden belaufen sich in der Summe auf fast acht Billionen Euro – das Fünffache der Staatsverschuldung. Dieses Nettovermögen ist hoch konzentriert. Die reichsten zehn Prozent der Privathaushalte verfügen über fast die Hälfte des Vermögens. Auch die Schere zwischen Lohn- und Gewinneinkommen geht immer weiter auseinander. Die preisbereinigten Lohn-einkommen kommen seit Mitte der neunziger Jahre nicht vom Fleck. Die Lohnquote befindet sich auf einem historischem Tiefstand – darunter leiden auch die Finanzämter und Sozialkassen.

## **Lehren aus der Krise? Trendwende!**

So ist die aktuelle Krise auch das Ergebnis steigender ökonomischen Ungleichheit. Einerseits dämpfte die Lohnschwäche den Konsum der unteren und mittleren Einkommen. Andererseits konnten die Besserverdienenden ihre Einsätze im globalen Kasino stetig erhöhen. Wer wirklich Lehren aus der Krise ziehen will, der muss die ökonomische Ungleichheit bekämpfen. Das erfordert eine Trendwende in der Lohnentwicklung. Diese muss flankiert werden – mit Mindestlöhnen, gleichem Lohn für gleiche Arbeit, Abschaffung verschärfter Zumutbarkeit, einer Qualifizierungsoffensive usw. Die Steuerpolitik wiederum muss die staatliche Finanzierungsbasis verbreitern. Nur so kann der Staat wieder handlungsfähig werden und die Zukunft gestalten. Höhere Löhne und mehr öffentliche Investitionen könnten dann dazu beitragen, den Binnenmarkt zu stärken und die globalen Ungleichgewichte schrittweise abzubauen.

Ein »Weiter so« gefährdet die staatliche Handlungsfähigkeit. Es geht in der Tarifrunde 2010 folglich nicht nur um Löhne und Gehälter für zwei Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen. Die Zukunft des Staates wird mitverhandelt. Es wird eine gesellschaftliche Debatte über Steuern, Ausgaben, öffentliche Dienstleistungen und Schulden geben. Dabei geht es natürlich auch um die Deutungshoheit über die Krise, ihre Ursachen, Folgen und Lehren.

Konservativ-liberale Kreise rufen jetzt nach der nationalen Schicksalsgemeinschaft. Getreu dem Motto: Wir sitzen alle in einem Boot. Deutsche-Bank-Ackermann und HRE-Funke genauso wie die alleinerziehende Krankenschwester und der Hartz-IV-Empfänger. Man will die lästig gewordene Debatte über die Krisenursachen endlich beenden. Leere Staatskassen sollen als Naturgesetz akzeptiert und der Gürtel soll wieder enger geschnallt werden. Eine Verzichtsideologie, die den Boden für die zukünftige Sparpolitik bereitet. Hier gilt es gegenzuhalten.

**von Dierk Hirschel**

*Chefökonom beim DGB-Bundesvorstand*

*Wir danken der Wochenzeitung »Freitag« für die Nachdruckgenehmigung. Siehe auch: [www.freitag.de](http://www.freitag.de)*



# Betriebsratswahlen 2010 – auch ein Fall für sozialpädagogische Einrichtungen

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2010 finden die nächsten regulären Betriebsratswahlen statt. Eine Chance, die innerbetriebliche Mitbestimmung zu stärken. Entweder durch die erstmalige Wahl eines Betriebsrates in einem betriebsratslosen Betrieb oder durch dessen Wiederwahl. Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise und der damit einhergehenden leeren Kassen bei Bund, Land und Kommunen kommt der innerbetrieblichen Interessenvertretung eine große Bedeutung zu. Und dies nicht nur bei Opel oder Karstadt, sondern auch oder gerade in sozialpädagogischen Einrichtungen. Denn auch diese leiden unter der Wirtschaftskrise und dem Sparzwang der öffentlichen Hand.

Die derzeitige Wirtschaftskrise wird 2010 aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu einer Beschäftigungskrise führen. Zu befürchten ist, dass diese nicht vor sozialpädagogischen Einrichtungen Halt macht. Zwar dürfte es in diesem Sektor sicherlich nicht zu massivem Arbeitsplatzabbau durch Entlassungen kommen, aber die Träger der sozialpädagogischen Einrichtungen geraten dennoch unter erheblichen finanziellen Druck. Schließlich sind die meisten abhängig von der Finanzierung durch Bund, Land und vor allem den Kommunen. Und deren Kassen sind leer!

## Druck auf ArbeitnehmerInnen wächst

Die Verhandlungen über Leistungsvereinbarungen mit der öffentlichen Hand werden für die Träger sozialpädagogischer Einrichtungen schwieriger. Zusätzlich zum schon jetzt vorhandenen Wettbewerb zwischen den einzelnen Anbietern sozialer Dienstleistungen wird der Druck, gleiche oder gar mehr Leistungen bei geringeren Zuschüssen zu vereinbaren, wachsen. Da die jeweilige Klientel in den Einrichtungen Anspruch auf entsprechende Leistungen hat, kann der Druck letztendlich nur an die Beschäftigten weitergegeben werden. Sie sollen unter schlechteren Bedingungen das Gleiche oder noch mehr leisten. Die Arbeitsverdichtung wird weiter zunehmen.

Deshalb ist es wichtig, neben starken Gewerkschaften auch starke Interessenvertretungen an Ort und Stelle in den Betrieben zu haben. Denn: Interessenvertretung im Betrieb bedeutet heute zuallererst, die Arbeitsplätze zu erhalten, Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen zu verhindern oder aber generell zukunftssicher zu machen. Deswegen kann der Betriebsrat auch selbst die Initiative ergreifen. Ob flexible Arbeitszeitmodelle, Personalentwicklung oder Innovationsoffensiven, mit intelligenten Vorschlägen zur Beschäftigungssicherung: Der Betriebsrat kann den Arbeitgeber auf neue Ideen bringen.

Leider gibt es jedoch gerade in sozialpädagogischen Einrichtungen nach wie vor viel zu selten einen Betriebsrat. Nur in 6 % der Betriebe mit unter 50 Beschäftigten (darunter

fallen die meisten sozialpädagogischen Einrichtungen) gibt es einen Betriebsrat, dagegen haben aber über 80 % der Betriebe mit über 2.000 Beschäftigten einen Betriebsrat. Zu oft ist man immer noch der Meinung, die Probleme ohne Betriebsrat lösen zu können. Schön nach dem Motto: »Wir sitzen doch alle in einem Boot. Wir müssen nur miteinander reden, dann lässt sich alles zur Zufriedenheit aller lösen.« Leider wird dann aber viel zu oft und viel zu spät klar: ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen haben nicht immer die gleichen Interessen. Deswegen gilt für das Frühjahr 2010: die Interessenvertretung vor Ort stärken.

## Vereinfachtes Wahlverfahren für kleine Betriebe

Bei der Wahl eines Betriebsrates gibt es zwei Varianten: das normale Wahlverfahren für Betriebe mit über 50 Beschäftigten und das vereinfachte Wahlverfahren für Betriebe unter 50 Beschäftigten. In diesen kleineren Betrieben läuft die Wahl ganz unbürokratisch ab. Drei Beschäftigte oder die GEW laden zu einer ersten Wahlversammlung ein. Hier wird der Wahlvorstand gewählt und es werden die KandidatInnen vorgeschlagen. Eine Woche später findet in einer zweiten Wahlversammlung die geheime und unmittelbare Wahl statt. Damit ist der Betriebsrat gewählt! In Betrieben mit über 50 Beschäftigten schreibt das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) ein aufwändigeres Verfahren vor. Doch auch dieses stellt keine allzu große Hürde dar.

Egal, wo und wie gewählt wird, bei der GEW gibt es umfangreiche Materialien zur Betriebsratswahl. Diese können in der GEW-Geschäftsstelle angefordert werden.

GEW Bayern, z. Hd. Susanne Glas,  
Schwanthalerstr. 64, 80336 München,  
E-Mail: [sg@bayern.gew.de](mailto:sg@bayern.gew.de)

Darüber hinaus bietet die GEW Hilfe bei der konkreten Wahl vor Ort an. Die GEW berät und unterstützt die InitiatorInnen der Betriebsratswahl und kümmert sich darum, dass alles rechtlich korrekt abläuft. Die GEW hilft auch, wenn ArbeitgeberInnen die Wahl eines Betriebsrates behindern. Denn – ob man es glaubt oder nicht – selbst im Jahr 2010 gibt es im sozialen Bereich noch welche, die das versuchen.



von Stephan Esser

# BeamtInnen an Privatschulen haben das Wahlrecht zum Betriebsrat

Zugeordnete BeamtInnen an Privatschulen haben wieder aktives und passives Wahlrecht für den Betriebsrat.

## Was bisher geschah?

Bis ca. 2001 beteiligten sich zugeordnete BeamtInnen in vielen Privatschulen selbstverständlich an den Betriebsratswahlen und waren auch als Betriebsräte selbst tätig. Aufgrund einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, das die Auffassung vertrat, dass BeamtInnen in Betrieben privater Unternehmen keine ArbeitnehmerInnen im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes seien, konnten jene nicht mehr Mitglied des Betriebsrates sein. Trotzdem wurde teilweise so verfahren wie bisher, an manchen privat geführten Einrichtungen jedoch nicht – hauptsächlich um zu vermeiden, dass es im Falle einer Wahlanfechtung zu einer betriebsratslosen Zeit kommt.

## Neues Gesetz von 2009

Durch Artikel 9 des Gesetzes zur Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung und zur Änderung und Anpassung weiterer Vorschriften vom 19. Juli 2009 (Bundesgesetzblatt 2009 Teil I Nr. 49 Seite 2424) ist § 5 Abs. 1 des Betriebsverfassungsgesetzes mit Wirkung vom 4. August 2009 wie folgt durch Satz 2 (Fettdruck) ergänzt worden.

§ 5 BetrVG:

(1) Arbeitnehmer (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) im Sinne dieses Gesetzes sind Arbeiter und Angestellte einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, unabhängig davon, ob sie im Betrieb, im Außendienst oder mit Telearbeit beschäftigt werden. Als Arbeitnehmer gelten auch die in Heimarbeit Beschäftigten, die in der Hauptsache für den Betrieb arbeiten. **Als Arbeitnehmer gelten ferner Beamte (Beamtinnen und Beamte), Soldaten (Soldatinnen und Soldaten) sowie Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die in Betrieben privatrechtlich organisierter Unternehmen tätig sind.**

(2) - unverändert -

(3) Dieses Gesetz findet, soweit in ihm

nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, keine Anwendung auf leitende Angestellte. Leitender Angestellter ist, wer nach Arbeitsvertrag und Stellung im Unternehmen oder im Betrieb ...

## Auswirkungen der Änderung des § 5 BetrVG

BeamtInnen, SoldatInnen sowie ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes gelten bei Einsatz in privaten Betrieben nun endlich als ArbeitnehmerIn im betriebsverfassungsrechtlichen Sinn und besitzen somit gemäß § 7 Satz 1 und § 8 BetrVG nach den allgemeinen Regeln **das aktive und passive Wahlrecht**. Sie sind daher auch bei der Größe des Betriebsrates nach § 9 BetrVG zu berücksichtigen.

**Achtung!** Die Zuordnung von BeamtInnen an privatrechtlich organisierte Einrichtungen bedeutet, dass diese BeamtInnen sich nach wie vor im Dienst bei ihrem jeweiligen Dienstherrn (Bund, Land etc.) befinden, von ihrem Dienstherrn besoldet werden und zur Ableistung des Dienstes einer privatrechtlich organisierten Einrichtung zugewiesen werden.

Auf Lehrkräfte in Bayern, die gemäß Art. 44 Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) für den Dienst an **Privatschulen beurlaubt** sind, trifft dieser Sachverhalt ebenfalls zu. Sind darüber hinaus Lehrkräfte ohne Bezüge beurlaubt, hatten sie schon bisher an der jeweiligen privaten Einrichtung das aktive und das passive Wahlrecht.

## Dies bedeutet für die Betriebsratsarbeit Folgendes:

- Die Größe des Betriebsrates kann sich schon deswegen bei der Wahl im nächsten Jahr ändern.
- Als Folge daraus kommt es möglicherweise zu einer Änderung der Freistellungstunden.
- Der Betriebsrat hat ein Mitbestimmungsrecht bei der Entscheidung über die Aufnahme zugeordneter BeamtInnen.
- BeamtInnen werden vom Betriebsrat wie alle ArbeitnehmerInnen gegenüber dem Arbeitgeber in den zuständigen Angelegenheiten vertreten.

## Auswirkungen für die zugeordneten BeamtInnen

BeamtInnen haben dann wieder zwei Gremien, die jeweils in unterschiedlichen Angelegenheiten ihre Interessen vertreten können: den **Personalrat** als Vertretung beim Dienstherrn und den **Betriebsrat** als Vertretung bei Maßnahmen des privaten Schulträgers.

Dies entsteht durch die Existenz von zwei weisungsbefugten Institutionen:

- **Dienstherr** ist der Freistaat Bayern, der durch das Kultusministerium bzw. die Bezirksregierung vertreten wird, d. h. alles, was den BeamtInnenstatus betrifft, hat die Regierung zu regeln. Deshalb ist die zuständige Personalvertretung der dortige Personalrat. Angelegenheiten, die den Status betreffen, sind zum Beispiel Beförderungen, Versetzungen, Abordnungen, Ruhestand, aber auch Beihilfe, Reisekosten oder Trennungsgeld.
- **und der Träger der Schule**, zu dem die BeamtIn durch Zuordnung mit ihrem Einverständnis in einem weisungsgebundenen Verhältnis steht. Der Arbeitgeber hat ein Direktionsrecht gegenüber allen Beschäftigten in seinem Betrieb, auch gegenüber den BeamtInnen. Lehrkräfte werden für den Unterricht und die damit verbundenen Aufgaben »zugeordnet«, d. h., dass sich das Weisungsrecht des Schulträgers auf den Lehrplan, die Lernmittel, die Lehrmethode und die Organisation beschränkt.

Somit sind die Zuständigkeiten von Personalrat und Betriebsrat für die zugeordneten BeamtInnen an Privatschulen in etwa abgegrenzt.

**von Hans Schuster  
und Wolfram Witte**

## Quellen:

- Bayerisches Personalvertretungsgesetz (BayPVG) zuletzt geändert 10. April 2007
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. September 2001 (BGBl. I S. 2518), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2424) geändert worden ist
- Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung vom 31.5.2000, zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 22.7.2008, besonders Art. 31, der die »Zuordnung von Beamten/innen« regelt.



**Bildungsstreik in Würzburg:**

## **Bildung geht jeden etwas an!**

Am 11. November 2009 versammelten sich ungefähr vierzig StudentInnen in Würzburg zu einer Demonstration als Zeichen der Solidarisierung mit den BesetzerInnen der österreichischen Hochschulen. Anschließend kam es zu einer spontanen Besetzung des Audimax. Dies geschah vor dem Hintergrund der europäischen Missstände, die das Studium und die Studierenden an den Hochschulen betreffen und die unserer Meinung nach in der aktuellen Politik bisher nur unzureichend Beachtung gefunden haben. Nach einer kurzen Organisationsphase, in der verschiedene Arbeitskreise gegründet wurden, wurde das Audimax dann täglich für Vollversammlungen und konstruktive Tätigkeiten in den Arbeitskreisen genutzt, z. B. für die Ausarbeitung zweier Forderungskataloge (einen an die Hochschulleitung sowie einen an die Landesregierung).

Unsere Kernforderungen sind:

- Abschaffung der Studiengebühren
- Überarbeitung des Bachelor-Mastersystems u. a. in folgenden Punkten:
  - Abschaffung der generellen Anwesenheitspflicht, um Studierenden eine individuelle Gestaltung des Studiums zu ermöglichen
  - Ausweitung der Regelstudienzeit
  - Vermeidung unnötigen Leistungsdrucks durch generelle und alles umfassende Benotung
  - Rechtsanspruch auf einen Masterplatz für jeden Bachelorabsolventen und jede -absolventin.

Zur Neugestaltung des Bachelor-Mastersystems sowie zur langfristigen und optimalen Gestaltung der Hochschulen ist es dringend erforderlich, die Studierenden mit einzubeziehen und ihnen ein effektives Mitbestimmungsrecht zuzugestehen. Das Einbringen der Studierenden in die universitären Entscheidungsprozesse ist eine Chance für eine

positive Zukunft der Bildung.

Unter dem Schlagwort »Demokratisierung der Hochschulen« heißt das:

- mehr Öffentlichkeit und Transparenz der Hochschulgremiensitzungen
- 25 % der Stimmen für die Studierenden im Senat; die ProfessorInnen behalten die absolute Mehrheit
- der Hochschulrat, in dem 8 von 16 stimmberechtigten Mitgliedern keine Angehörigen der Universität sind, wird durch ein Universitätsparlament ersetzt, in dem die vier Gruppen von Hochschulangehörigen jeweils 25 % der Stimmen erhalten (»Viertelparität«)
- Anerkennung einer verfassten unabhängigen Studierendenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit politischem Mandat, Finanz- und Satzungshoheit

### **Unsere Aktionen**

Mit unseren Aktionen suchen wir den Dialog mit EntscheidungsträgerInnen der Politik und der Hochschule, zum anderen suchen wir gesellschaftliches Feedback.

Aufgrund des Drucks, der durch die Besetzung und die von uns geleistete Arbeit entstand, konnten wir den Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch für einen Besuch gewinnen. Das Audimax war mit rund 800 Studierenden und InteressentInnen völlig überfüllt. Herr Heubisch stellte einen Gesprächstermin in Aussicht, den wir aus Angst, »ausgesessen« zu werden, nach vorne verlegen wollten.

Des Weiteren fanden Gastvorträge statt, die uns bekräftigten und Anregungen für die inhaltliche Arbeit gaben.

An der Durchführung und Gestaltung einer Demonstration gegen Studiengebühren, die am 1. Dezember in Würzburg stattfand, waren wir maßgeblich beteiligt. Ungefähr 2000 DemonstrantInnen haben sich an dieser wichtigen Aktion beteiligt.

Neben verschiedenen Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung, sowie aus den Kirchen, Sozial- und Berufsverbänden, haben auch mehrere VertreterInnen von Gewerkschaften wie der GEW, ver.di und der IG-Metall vor dem Plenum gesprochen. Sie machten uns z. B. auf die Chancen und Probleme eines Streiks aufmerksam, gestützt auf ihre langjährige gewerkschaftliche Erfahrung. In der Regel fehle es PolitikerInnen an der Bereitschaft, Korrekturen vorzunehmen, wenn sie nicht durch Streiks oder Proteste dazu aufgefordert würden. Ihren Vorschlag zur Zusammenarbeit nahmen wir gerne an.

Aus dem Bewusstsein heraus, dass nur ein breites gesellschaftliches Bündnis wirkliche Änderungen in der Bildungspolitik herbeiführen kann, möchten wir die Gewerkschaften weiterhin zu einer aktiven Teilnahme an unseren Aktionen ermuntern.

Wir bedanken uns bei ihnen für die bisher geleistete Unterstützung.

Die Gedanken sind frei!

### das Plenum des Audimax Würzburg

Für weitere Informationen: [www.wuerzburg-brennt.de](http://www.wuerzburg-brennt.de)

### Kooperation StudentInnen und Gewerkschaften

In Würzburg ist es im Zuge der Audimax-Besetzung und des Bildungstreiks zu einem breiten Bündnis zwischen StudentInnen, Gewerkschaften, Verbänden und Parteien gekommen. Auf dem Podium des »Würzburger Bildungsgipfels«, einer Veranstaltung im fast gefüllten Audimax, die sich in einer gemeinsam angenommenen Resolution u. a. gegen Studiengebühren, für eine Reform der Bachelorstudiengänge, eine Ausweitung der Masterstudiengänge, eine Erhöhung des Bafögs und für ein sozial nicht selektives Bildungssystem aussprach, waren außer den StudentInnen, kirchliche Jugendverbände, der Bezirksjugendring, ein Professor, die GEW, die Grünen, die SPD und die Freien Wähler (jeweils mit einem Abgeordneten) vertreten. Im Saal befanden sich noch VertreterInnen von ver.di, der IGM und der Linken. Beide Gewerkschaften haben, wie auch die GEW, in Würzburg die studentischen Aktivitäten organisatorisch und finanziell intensiv unterstützt. Eine langfristige Zusammenarbeit zwischen StudentInnen und Gewerkschaften ist fest abgesprochen.

Auf dem sogenannten »Südgipfel«, einem Treffen von studentischen VertreterInnen aus vielen süddeutschen und österreichischen Universitäten, der ebenfalls in Würzburg stattfand, wurde im Beisein von VertreterInnen der Würzburger GEW und ver.dis u. a. beschlossen, eine intensive Zusammenarbeit zwischen StudentInnen und den Gewerkschaften anzustreben.

**Walter Feineis**



Zu den ersten Aktionen 2010 trafen sich StudentInnen und SchülerInnen aus bayerischen Hochschulstandorten am 13. Januar in echt winterlicher Atmosphäre in München.

Auch in Würzburg gingen die Aktionen bereits weiter. Wie man der Homepage [www.wuerzburg-brennt.de](http://www.wuerzburg-brennt.de) entnehmen konnte, fand dort am 22. Januar unter dem Motto »Free hugs for free education« eine Umarmungsaktion statt. Damit wollten die StudentInnen darauf auf-



merksam machen, dass das Studium unter Bachelor- und Masterbedingungen immer mehr zum gesteigerten Konkurrenzkampf der Studierenden um die besten Noten mutiert. Sie wollen sich der Verwertungslogik dieser Art von Studium widersetzen: »Wir studieren nicht, um zu werden was politische und Wirtschaftsinteressen aus uns zu machen versuchen, wir studieren, um zu werden, was wir sein wollen!«, heißt es dort in einem Bericht von der erfolgreichen Aktion.







Foto: Robert Michel

**N**un ist es schon zehn Jahre her, dass ich in den sogenannten Ruhestand eingetreten bin, und auch heute noch kommt es mir so vor, als würde sich der Zeitgewinn, den er mir damals gebracht hat, täglich erneuern, obwohl er insgesamt leider immer weniger wird. Eine Paradoxie, die mich den Blick nach vorne richten lässt. Aber da gibt es natürlich ein Problem, denn meine Zukunft ist durch den Tod begrenzt. Werden es noch einmal zehn Jahre sein? Oder mehr? Oder viel weniger? Und der Blick zurück zeitigt eine lange Strecke, die mit wahrhaft tödlicher Sicherheit den allergrößten Teil meines Lebens abbildet. Dennoch erfreue ich mich jeden Morgen zunächst an einem »Stimmungshoch«, das sich allerdings heute deutlich langsamer aufbaut als noch vor vielen Jahren und auch nicht mehr so lange andauert wie früher. Deshalb helfe ich ihm gelegentlich nach, durch eine zusätzliche Tasse Kaffee zum Beispiel oder andere legale »kleine Helfer«, wie etwa ein bisschen Schokolade oder ein paar Kognakbohnen. Risiken und Nebenwirkungen nehme ich in Kauf, sofern mein »innerer Ratgeber« keine grundsätzlichen Einwände erhebt, doch er nervt mich ohnehin mit seiner ständigen Empfehlung für grünen Tee und Säfte aller Art.

**S**onst ist vieles noch wie früher. Die Stunden am Morgen sind die schönsten des Tages. Sie bleiben reserviert für das Schreiben und das Lesen. Aus dem Laufen ist ein Nordic Walking geworden, das ich vor vielen Jahren belächelt habe. Inzwischen gestattet es Leuten wie mir, mich unter die beweglicheren Zeitgenossen zu mischen, ohne dass arthrotische Beschwerden einem die größte Segnung der Evolution, die Fortbewegung aus eigener Kraft, ganz und gar verleiden. Dann gibt es da ja auch noch das Radfahren und das Schwimmen, immerhin eine olympische Sportart, und wer sich in den Frei- und Hallenbädern umsieht, wird unschwer erkennen, dass die »Generation 60/70+« die Devise »Dabei sein ist alles« auf ihre Weise längst verinnerlicht hat, ganz davon abgesehen, dass die Schwimmbäder zu bestimmten Tageszeiten völlig in ihrer Hand sind, den Wellenbetrieb eingeschlossen.

## **Der Zeitgewinn oder mein persönliches Jahrzehnt**

**L**eider folgt auf die glücklichen Morgenstunden mit Luerbittlicher Konsequenz das erste »Stimmungstief« des Tages. Nun beginnt die Zeit langsamer zu vergehen, man/frau möchte sie ständig beschleunigen, aber es geht nicht, es droht das Erlebnis der »reinen Zeit«, gleichzusetzen mit Langeweile, Leere, ja im Extremfall Depression. So weit sollte es freilich niemand kommen lassen. Der Abschwung eignet sich gut für Routinearbeiten, die erledigt sein wollen und denen auch im heitersten Ruhestand niemand ausweichen kann. Wer die täglichen Aufgaben im Haushalt und für die Lebensführung vernachlässigt, gerät schnell in eine Zeitfalle, und da die Arbeiten doch irgendwann erledigt werden müssen, rauben sie einem schließlich mehr Zeit, als eigentlich nötig ist. Andererseits hüte ich mich davor, diesen Tätigkeiten mehr Zeit einzuräumen, als sie verdienen.

**I**n schöner Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Biomedizin erreicht mich dann am Nachmittag ein zweites »Zeithoch«. Daran hat sich in den vergangenen Jahren nichts geändert. Ich habe gelernt, auf solche »Hochs« zu warten, denn sie sind verlässlich, sie kommen bestimmt. Sie bilden den Kern meines Zeitgewinns, den wir Großeltern gerne mit unseren Enkelkindern teilen, wenn sie bei uns oder wir bei ihnen sind. Es sind inzwischen einige mehr geworden und zu sehen, wie jedes Kind alles zum ersten Mal und manchmal wieder ganz anders erlebt als seine Geschwister, Cousins oder Cousinen, das ist wahrhaft aufregend und gibt uns manchmal das Gefühl, als würden wir uns in einem »Zeitparadies« aufhalten. Dass Kinder indes auch wahre Zeiträuber sein können, vor denen wir uns manchmal hüten, steht freilich auf einem anderen Blatt.

**D**urch Zeithochs und -tiefs hindurch geht meine Arbeit für die GEW. Da sie mich nie wirklich enttäuscht hat, habe ich ihr bislang die Treue gehalten und ich kann eigentlich nicht verstehen, dass man/frau aus der GEW austritt, wenn der sogenannte Ruhestand erreicht

ist. Vielleicht idealisiere ich sie auch ein wenig, aber wenn ich zu einer DDS- oder einer Kreisverbands-Sitzung fahre, weiß ich ziemlich sicher, dass ich meine Zeit nicht vergeuden werde, auch wenn nicht jedes Mal »Hochspannung« zu erwarten ist. Sich für eine bessere Bildung einzusetzen, heißt immer zugleich auch, für bessere gesellschaftliche Verhältnisse zu kämpfen, ganz im Sinne des Leitgedankens: »Lokal handeln, global denken.«

Natürlich konnte ich vor zehn Jahren nicht wissen, dass mich eine ernste Erkrankung heimsuchen würde, die unentdeckt und unbehandelt zum Tode geführt hätte. Sie hat mein Verhältnis zur Zeit nicht grundlegend verändert, aber mein Verständnis für sie vertieft. Zunächst musste ich einen großen Teil meines Zeitgewinns opfern, damit ich meine Lebenszeit, wie auch immer bemessen, würde bewahren können. Altern sei nichts für Feiglinge, las ich kürzlich irgendwo, und erst recht nicht, möchte ich ergänzen, wenn eine Krebsoperation hinzukommt. Sie hat mir für lange Zeit viel von dem genommen, was wir gemeinhin Lebensqualität nennen, und die Fernwirkungen reichen bis heute. Ich hätte die Krankheit »im Griff«, bestätigen mir alle Ärzte, die an ihrer Therapie beteiligt sind, aber ich kann immer noch nicht sagen: »Ich hatte Krebs.« Bei jedem Nachsorgetermin fällt die Entscheidung, wie es weitergeht, und gleichviel, welches Ergebnis dabei herauskommt, jedes Mal wird mir die Kostbarkeit meines

Zeitgewinns bewusst. Ist das Resultat gut, erfüllt mich Dankbarkeit und ich fühle mich befreit. Es ist genau die Freiheit, auf die es mir immer ankam, frei und unbeschwert an die Dinge herangehen zu können, die mir wichtig sind. An die ganz große Freiheit und das große Glück habe ich sowieso nie geglaubt und Erleuchtungen im religiösen Sinn sind mir bislang nicht zuteilgeworden. Doch ich erlebe immer wieder lange Augenblicke, in denen sich mein Zeitgewinn in Erkenntnisgewinn verwandelt und die dem ähneln, was in der Wissenschaft »Flow« genannt wird. Ein solcher Augenblick begann mit einem Gedicht von Hölderlin, das ich vor langer Zeit gelesen hatte und mit dem ich mich kürzlich wieder intensiv beschäftigte. Die letzte Strophe lautet:

**»Alles prüfe der Mensch, sagen die Himmlischen,  
Dass er, kräftig genährt, danken für alles lern,  
Und verstehe die Freiheit,  
Aufzubrechen, wohin er will.«**

**von Hannes Henjes**  
Mitglied der DDS-Redaktion  
E-Mail: [hannes.henjes@gmx.de](mailto:hannes.henjes@gmx.de)



**Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes**

## Abrechnung mit den VertreterInnen des Neoliberalismus

Johanna Klages analysiert die Irrwege eines entfesselten Kapitalismus

Die Ursachen für die katastrophale Fehlentwicklung in den kapitalistischen Ländern bis hin zum Finanzcrash unserer Tage sieht die Autorin primär in der Umsetzung der neoliberalen Ideologie in Wirtschaft, Politik und Medien. Nachdem die breite Mehrheit der Bevölkerung parlamentarisch zunehmend ohne Stimme ist, war es für die Eliten ein Leichtes, ihre Interessen und damit eine Umverteilung von unten nach oben zu vollziehen. Klages beschreibt sehr detailliert, wie konservative PolitikerInnen, Rating-Agenturen, Expertenkommissionen und Think Tanks das öffentliche Meinungsbild mit Unterstützung angepasster Fernseh- und Rundfunkanstalten weitgehend beherrschen, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in nahezu allen westlichen Ländern, und wie es allmählich zu einer bedenklichen Auflösung demokratischer Strukturen kommt.

Diese Analyse ist nicht grundsätzlich neu und entspricht ziemlich exakt den Aus-

führungen Albrecht Müllers in seinem jüngsten Bestseller »Meinungsmache«. Ergänzend zu Müller bemüht sich Klages vor allem, ihre Aussagen wissenschaftlich durch eine Vielzahl von Zitaten und Querverweisen zu untermauern. Das verlangt vom Leser und der Leserin zwar einiges an Konzentration und Durchhaltevermögen, verleiht dem Text aber gleichzeitig ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit. Wichtig außerdem: Man erfährt etliches von den unglaublichen Verstrickungen, Tricks und Absprachen, mit denen Herrschende und Superreiche arbeiten: Wer z. B. Schröder zur Agenda 2010 animierte, welchen verhängnisvollen Einfluss die Bertelsmann-Stiftung hat, welche Rolle der »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« spielt oder wie Lobby-Organisationen vorgehen. Für die Autorin steht fest: Solange Deregulierung, Privatisierung und Marktanarchie herrschen, besteht keine Chance auf Besserung. Die Ar-

roganz und Selbstherrlichkeit der zurzeit an den Schalthebeln sitzenden »politischen Klasse« wird ihrer Überzeugung nach nur durch zivilen Ungehorsam zu überwinden sein, wobei ihre Hoffnungen auf der Zivilgesellschaft und hier vor allem auf den »Intellektuellen in Europa« ruhen.

Für kritische Lehrkräfte, vor allem aber für GEW-KollegInnen, ist das Buch von Johanna Klages ein absolutes Muss.

**von Thilo Castner**

Johanna Klages: *Meinung Macht Gegenmacht. Die Akteure im politischen Feld.* VSA-Verlag, Hamburg 2009, 191 S., 16,80 EUR



## Profession Schulsozialarbeit

Beiträge zu Qualifikation und Praxis der sozialpädagogischen Arbeit an Schulen

Der Titel provoziert und ist Programm. Seit Jahren engagiert sich der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit für eine verbesserte Ausbildung für das Arbeitsfeld Schulsozialarbeit und hat dies in Einzelschriften fortwährend gefordert. Mit dieser Schrift liegt nun erstmalig eine Zusammenstellung von zentralen Positionen aus Wissenschaft und Praxis vor, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit der zukünftigen Ausbildung von SchulsozialarbeiterInnen auseinandersetzen. Alle vereint das Ziel, mit einem Ausbau und einer fachlichen Stärkung des Studiums einer »Dequalifizierung dieses zukunftsweisenden Arbeitsfeldes« entgegenzuwirken. Doch welches Studium soll wie und mit welchem Abschluss gestärkt bzw. neu entwickelt werden? Hier unterscheiden sich die AutorInnen und zeigen jeweils fundierte Pro- und Kontra-Argumente für die Etablierung einer neuen »Profession Schulsozialarbeit« bzw. ein Modell für die Akademisierung der Ausbildung für das Handlungsfeld Schulsozialarbeit auf.

Die Herausgeber des Buches, Nicole Pötter und der inzwischen leider verstorbene Gerhard Segel, haben die Schrift in einem gut ausbalancierten Dreiklang angelegt. Im ersten Teil werden das Phänomen Schulsozialarbeit geschichtlich – durch einen Beitrag von Hermann Rademacker – sowie aktuell und die Ausbildungssituation empirisch beleuchtet. Der zweite Teil setzt sich mit dem aus der Praxis herausgearbeiteten Anforderungsprofil an SchulsozialarbeiterInnen und mit der aus der Wissenschaft formulierten

Position zur Profession Schulsozialarbeit auseinander. Der dritte Schritt mündet in einem Modell für die akademische Ausbildung für SchulsozialarbeiterInnen und bereits vorhandenen bzw. geplanten Studiengangsmodulen/-modellen.

Die Hochschulen haben zwar in den letzten Jahren ihr Lehrangebot für das Handlungsfeld Schulsozialarbeit ausgeweitet, aber Björn Köhler stellt in seinem Beitrag auf der Basis einer Umfrage der GEW an Hochschulen in Deutschland fest, dass dieses Lehrangebot nach wie vor unzureichend ist und insbesondere in der Weiterbildung Entwicklungsbedarf besteht. Diese Umfrageergebnisse stellen für HochschulplanerInnen eine wichtige Basis für zukünftige Studiengangsentwicklungen dar. Nur, welche WissenschaftlerInnen sollen diese Lehre anbieten, wenn – wie ein weiteres Ergebnis der Befragung zeigt – nur an wenigen Hochschulen zurzeit aktive Forschung zum Bereich Schulsozialarbeit durchgeführt wird? Nur durch eine entsprechend stärkere Forschungsorientierung können Hochschulen zukünftig ihr Ausbildungsangebot ausweiten und somit die Einheit von Forschung und Lehre sicherstellen. Auch hier gibt die Publikation Impulse, die hoffentlich von den Hochschulen aufgegriffen werden.

Ein weiterer zentraler Impuls für die Professionalisierung der Schulsozialarbeit kann vom Qualifikationsrahmen für das Berufs- und Arbeitsfeld Schulsozialarbeit (QR SchulSarb) ausgehen. Der Fachbereichstag Soziale Arbeit und der Kooperationsverbund

Schulsozialarbeit haben gemeinsam diesen Qualifikationsrahmen entwickelt. In der Veröffentlichung des QR liegt eine große Chance: Erstmals können sich Studierende, Lehrende, Träger der Schulsozialarbeit, PolitikerInnen und HochschulplanerInnen darüber informieren, was ein/e SchulsozialarbeiterIn aus der Perspektive des Handlungsfeldes wissen und können muss, wenn er/sie erfolgreiche und professionelle Schulsozialarbeit leisten will. Für HochschulplanerInnen und StudiengangsentwicklerInnen sind insbesondere die Beiträge von Bernhard Eibeck und Ulrich Bartosch/Anita Maile/Christine Speth sehr aufschlussreich, die die Debatte um spezialisierte und generalistische BA-Studiengänge aufgreifen.

Die Beiträge im dritten Buchteil geben einen Einblick in aktuelle Studiengangsplanungen an der Universität in Magdeburg und an der Fachhochschule in Frankfurt am Main. Zuvor entwickelt Christian Vogel in einem Grundlagentext ein allgemeines Modell zur Akademisierung der Ausbildung von SchulsozialarbeiterInnen. Dabei hebt er sich stark vom Mainstream der gängigen Bologna-Studiengangsplanung ab und zeigt auch Irrtümer und Fehlentwicklungen auf, die sich im Hochschulwesen durch die Einführung der BA- und MA-Studiengänge zeigen.

Die Lektüre lohnt und ist nicht nur allen mit Studiengangsentwicklung beschäftigten WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen sehr zu empfehlen.

**von Maria Busche-Baumann**

Nicole Pötter und Gerhard Segel (Hg.):  
Profession Schulsozialarbeit. Beiträge zu Qualifikation und Praxis der sozialpädagogischen Arbeit an Schulen, VS Verlag 2009, 151 S., 16,90 EUR  
Für GEW-Mitglieder Sonderpreis 8,50 EUR (inkl. Versandkosten, Bestellung: [broschueren@gew.de](mailto:broschueren@gew.de))

## Klassenlektüre für den Deutschunterricht

Wilhelm Genazino: Eine Frau, eine Wohnung, ein Roman

Dem Büchner-Preisträger W. Genazino ist mit diesem Entwicklungsroman eine bemerkenswerte Variante dieser literarischen Tradition geglückt. Auf leichte, aber auch einfühlsame Art wird von einem 17-Jährigen erzählt, dem es nicht leicht fällt, sich in die Welt der Erwachsenen und in die Welt der Konformitätszwänge zu fügen. Dies liegt sowohl an der gesellschaftlichen Realität als auch an seiner ausgeprägten empfindsamen Wahrnehmung.

Der jugendliche Romanheld fliegt vom Gymnasium und tritt nur widerwillig eine

Bürolehrstelle an. Seine Begabung liegt aber im Beobachten und Schreiben und so findet er sich bald als Hobby-Journalist in einer interessanten Doppexistenz. Seine Erfahrungen in der Arbeitswelt und im Journalismus führen zu einer gesellschaftskritischen Haltung. Der Weg seiner Selbstfindung mündet schließlich in den Wunsch, einen Roman zu schreiben. Aus der Perspektive eines Jugendlichen entsteht ein stimmungsvolles Bild der Sechzigerjahre in der Bundesrepublik.



Buchners Schulbibliothek der Moderne  
Wilhelm Genazino, Eine Frau, eine Wohnung, ein Roman  
Text und Kommentar  
C. C. Buchners Verlag, Bamberg, 2009  
Bearbeiter: Friedbert Stühler  
Lektorat: Gerhard C. Krischker  
Umfang: 137 Seiten, 7,20 EUR  
Medienart: Lektüre  
Schularten: Gesamtschule, Gymnasium Sek I, Gymnasium Sek II

Für jugendliche LeserInnen ist es besonders reizvoll, an den Hoffnungen und Enttäuschungen, den Erfolgen und Gefährdungen der jugendlichen Hauptfigur Anteil zu nehmen. Deshalb steht auch der Entwicklungsprozess im Zentrum der Unterrichtsarbeit und der Interpretation.

## Supervision macht Schule

Die Staatliche Schulberatung Oberbayern Ost bietet für SchulpsychologInnen und Beratungslehrkräfte mit dem Schwerpunkt des systemischen Beratungsansatzes eine Supervisionsausbildung an. Sie vermittelt die notwendigen Kompetenzen und Fähigkeiten, um nach erfolgreichem Abschluss sicher in dieser Beratungsform tätig sein zu können. Anmeldeschluss ist der 28. Februar 2010. Nähere Informationen sowie Ausschreibungs- und Bewerbungsunterlagen gibt es auf der Homepage der Schulberatung: [www.schulberatung.bayern.de/schulberatung/oberbayern\\_ost/index.asp](http://www.schulberatung.bayern.de/schulberatung/oberbayern_ost/index.asp)

## Mach mit! Handlungsstrategien zur Zivilcourage

Alltagsrassismus begegnet man immer wieder: ob im Betrieb, auf Versammlungen oder im privaten Umfeld. Soziale Konflikte werden dazu genutzt, verschiedene Arbeitnehmendengruppen gegeneinander auszuspielen. Aber oftmals weiß man nicht, wie man auf diesen reagieren soll. Das DGB-Bildungswerk bietet ein Training an, in dem erlernt wird, wie der scheinbar harmlos daherkommende Alltagsrassismus sichtbar gemacht und wie ihm begegnet werden kann. Dabei werden Alltagserfahrungen und Konfliktsituationen aus der Erfahrungswelt der Teilnehmenden beispielhaft bearbeitet und diese erhalten die Möglichkeit, in zahlreichen alltäglichen Situationen handlungsfähiger zu werden. In dem geschützten Raum des Trainings werden verschiedene Verhaltensmöglichkeiten thematisiert und erprobt.

Das Seminar ist ein Angebot nach § 37 (6) BetrVG und für Personalräte nach § 46 (6) BPrsVG. Die Veranstaltung vermittelt erforderliche Kenntnisse für die Betriebs- und Personalratsarbeit.

Ort der Tagung: DGB-Tagungszentrum Starnberger See

Kosten: 550 Euro zzgl. Unterkunft und Verpflegung, Reisekosten werden nicht übernommen

Nähere Informationen:

Shannon Pfohman, DGB-Bildungswerk e. V.  
Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Str. 39 • 40476 Düsseldorf  
Tel.: 02 11-43 01-233 • Fax: 02 11-43 01-134  
[Shannon.Pfohman@dgb-bildungswerk.de](mailto:Shannon.Pfohman@dgb-bildungswerk.de)

## »Die gelbe Hand« gegen Ausgrenzung und Rassismus Wettbewerb 2009/2010

Bereits zum fünften Mal schreibt der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« seinen Wettbewerb für Projekte aus, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus in der Arbeitswelt richten. Engagierte Auszubildende, AusbilderInnen und BerufsschullehrerInnen sind angesprochen, bis zum 31. März 2010 Beiträge einzureichen – Beiträge in jeder Form. Die Hauptsache ist, dass

# Dies und Das

sie andere motivieren, selbst gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung aktiv zu werden. Dazu ist weder viel Zeit noch großes technisches Know-how erforderlich. Viel wichtiger ist es, einen kreativen Zugang zum Thema zu finden und dadurch couragiertes Handeln erfahrbar zu machen. Es bieten sich viele Umsetzungsmöglichkeiten an: die Dokumentation eines Projektes, Aufsätze, Reportagen, Interviews, ein Film, Fotos bzw. eine Fotostory, eine Ausstellung, ein einfaches Computerspiel oder eine Animation, die zum Nachdenken anregt, ein Logo für eine Kampagne, Songs, Plakate, Postkarten, Bilder, Collagen usw. Beispiele und Anregungen, z. B. alle prämierten Beispiele der letzten Jahre, sowie weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es unter:

[www.gelbehand.de/wettbewerb](http://www.gelbehand.de/wettbewerb)

## Rechtsextreme Strategien: Mitten in unserer Gesellschaft

Rechtsextreme Gruppierungen haben sich in ihrem äußeren Auftreten neue Strategien angeeignet. Die Springerstiefel werden durch den Nadelstreifenanzug ausgetauscht. Ein Wochenseminar in der Georg-von-Vollmar-Akademie widmet sich Fragen wie: Wie agieren rechtsextreme Gruppen und wie treten sie vor Ort in Erscheinung? Treffen auch wir in unserem Alltag auf rechtsextreme Verhaltensmuster? Es sollen rechtsextreme Strategien identifiziert und Handlungskonzepte dagegen entworfen werden. Dazu geht es um folgende Themen: Erfahrungen aus dem Alltag – Merkmale alltäglichen rechtsextremen und antisemitischen Denkens – Gesellschaftsorganisation und Entstehen von Rechtsextremismus und Antisemitismus – Jugend- und Erwachsenenkultur: rechte Musik und Symbolik – individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten.

Das Seminar findet vom 13. - 17.9.2010 in Kochel statt. Weitere Seminare zum Thema werden angeboten. Gesamtprogramm: [www.vollmar-akademie.de](http://www.vollmar-akademie.de)

## Projektbeantragung leicht gemacht – Handreichung erschienen

Fast alle, die ehren- oder hauptamtlich in Nichtregierungsorganisationen engagiert sind, standen schon einmal vor dem Problem: Es wurde eine gute Idee entwickelt, mit der sehr viel erreicht werden kann, aber es sind keine Gelder zur Umsetzung vorhanden. Eine Möglichkeit der Finanzierung ist die Projektfinanzierung über öffentliche Mittel. Allerdings sind hier bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, die nicht immer leicht zu durchschauen sind. Die IQ Consult, ein Tochterunternehmen des DGB-Bildungs-

werkes, hat deswegen soeben eine Handreichung veröffentlicht, mit der ein Überblick über die Möglichkeiten der Projektfinanzierung und zur Antragsgestaltung bis hin zur Kalkulation des Finanzplans geschaffen wird. Die Handreichung richtet sich insbesondere an Aktive in MigrantInnenorganisationen von Drittstaatsangehörigen und wurde gefördert mit Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Handreichung zum Herunterladen und zum Bestellen:

[www.iq-consult.de/hr\\_projektbeantragung](http://www.iq-consult.de/hr_projektbeantragung)

## Eine Wunde bleibt, aber sie verschließt sich immer mehr

Die Vergewaltigung eines Mädchens/einer jungen Frau löst ein psychisches Trauma aus und kann lang anhaltende Belastungen im Sinne einer posttraumatischen Belastungsstörung zur Folge haben. Aufgrund der in der Gesellschaft verankerten Mythen, die die Opfer verantwortlich machen und die Täter entlasten, erhalten Vergewaltigungsoffer häufig nicht die angemessene pädagogische Unterstützung. Im einem Vortrag von Dr. Susanne Heynen, der Leiterin des Jugendamtes Karlsruhe, geht es um die hinderlichen und förderlichen Bedingungen für Bewältigungsprozesse, um die Selbsthilfepotenziale der Opfer selbst, um Unterstützungsmöglichkeiten des sozialen Umfeldes und um fachliche und gesellschaftliche Hilfen, die es ermöglichen, dass sich die »Wunden« immer mehr verschließen.

Termin: 22.02.2010, 13.00-16.00 Uhr

Kosten: 30 Euro

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

[kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

## Lust auf mehr!

In der Jugendhilfe müssen kulturelle, familiäre Hintergründe sowie daraus folgende (sexuelle) Entwicklungen verstanden werden. Mädchen, die Grenzen massiv überschreiten, waren und sind häufig Opfer und/oder Täterinnen sexueller Gewalt. Sie verletzen sich und andere.

Eine Weiterbildung in Gestaltpädagogik für Fachfrauen widmet sich diesem Komplex.

Termin: 01.03. - 03.03.2010, 9.30-17.00 Uhr

Kosten: 250 Euro

Anmeldung: schnellstens

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

[kontakt.informationsstelle@imma.de](mailto:kontakt.informationsstelle@imma.de)

**Die Klassenfahrtseite**

jede Woche neue Angebote

[www.schulfahrt.de](http://www.schulfahrt.de)

Tel. 0 35 04/64 33-0

## Wurzeln und Wandlungen

**Dr. Christoph Schmid (13.9.1947 - 15.12.2009)**

Im Dezember 1980 trat Christoph der GEW bei, die Glückwünsche zur dreißigjährigen Mitgliedschaft hat er um ein Jahr verfehlt.

Seine Sozialisation in katholischen Zusammenhängen blieb für Christoph lebenslang prägend, so auch seine Begeisterung für Fußball, für den SSV Jahn Regensburg.

Sicher nicht zufällig fiel die Entscheidung für das Studium katholischer Theologie und Germanistik an der neugegründeten Reformuniversität Regensburg. Mit kühlem Kopf und heißem Herzen erlebt Christoph hier den Freiheitsrausch von 1968. Sein Studium mündet in das Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien und eine Promotion in Mediävistik über die Rezeption des Mittelalters in der Literatur des 18. Jahrhunderts. Als weltanschauliche Synthese verfestigt sich eine entschieden antikapitalistische Einstellung aus urchristlichem Geist. Politisch-pädagogische Heimat wird für ihn die GEW Bayern. Auch bei deren Veranstaltungen und Versammlungen zeigt sich Christoph vorwiegend als dialektisch beschlagener, bisweilen kauziger Gesellschaftstheoretiker hoch über den Niederungen praktischer Politik. Die Unüberbrück-

barkeit der Kluft zwischen Theorie und politischer Praxis erklärt und rechtfertigt er selbst theoretisch, beteiligt sich dennoch an allen wichtigen Aktionen wie dem Volksbegehren Bessere Schulen der GEW. Seine Hauptrolle jedoch spielte er als Mittelpunkt des Hintergrunds, der nach vielen Seiten engen persönlichen Kontakt pflegt und dessen Rat und Anregungen gesucht sind. Bekannt ist er nicht zuletzt für seinen valentinesken Humor. Er habe kein Übergewicht, sondern nur Untergröße, wisse aber, dass kein Mensch mit seinen Werten auf der Waage je so groß werden könnte, dass er Normalgewicht hätte.

Als 1998 Edmund Stoiber bei seinem Wahlkampfauftritt in Weiden die kleine Protestgruppe der GEW am Straßenrand mit der Frage beehrte »Habt's ihr was zu übergeben?«, antwortete Christoph prompt: »Ja, uns!« Immer liege er auf der Kalauer, kalauerte er; eines Tages wolle er einen ganzen Roman in Schüttelreimen schreiben.

Dazu, wie zu vielem anderen, ist es nicht mehr gekommen. Nach der Diagnose Krebs ließ Christoph sich im Februar 2008 in den vorzeitigen Ruhestand versetzen. Und er entschied sich, als letzten

Dienst an Verwandten, Freunden und Bekannten seinen ersten Zustand zu verheimlichen. Vor einem Jahr kehrte er in eine neue Wohnung nach Regensburg zurück und spielte allen den zufriedenen Pensionär vor, dem es glänzend gehe. Praktisch im Alleingang und in Nacharbeit verfasste er noch die 170-seitige Jubiläumsschrift »25 Jahre Tage Alter Musik Regensburg« zu der Konzertreihe klassischer Musik in historischer Aufführungspraxis, die das Team seines Bruders seit 1984 jährlich an Pfingsten organisiert.

Die GEW hat mit Christoph ein liebenswertes Unikum und echtes Original verloren. Wenn er bei seinen vielseitigen Interessen und Fähigkeiten einen »Fehler« hatte, dann war es seine vornehme Bescheidenheit; dadurch fanden seine stete Hilfsbereitschaft und Zuverlässigkeit nicht immer die gebührende Anerkennung. Wir werden ihn als Kollegen in Erinnerung behalten, der immer gut gelaunt war, kurzweilig, ein wenig über den Dingen des Alltags stehend, für den vielleicht die Musik die höchste Form von Wirklichkeit gewesen ist und der viele Erscheinungen der Gegenwart nicht ganz ernst nehmen konnte, weil sein klarer Blick in die Ferne gerichtet war.

Dr. Hannsjörg Bergmann  
für den GEW Kreisverband Weiden

Die Lehrerbildungszentren  
der Bayerischen Universitäten laden ein zu einem Symposium

### **Kompetenzorientierung als Qualitätsprofil modularisierter Lehrerbildung**

**am 1. und 2. März 2010**

an der Friedrich-Alexander-Universität in Nürnberg

Folgende Themen werden behandelt:

Lehrereinigung frühzeitig erkennen und fördern (Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt) • Fachwissenschaft in der Lehrerbildung zwischen Polyvalenz, Spezialisierung und Verwendungskontexten (Prof. Mechthild Habermann/Germanistik und Prof. Peter Gritzmann/Mathematik) • Die Entwicklung professioneller Kompetenz von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (PD Dr. Mareike Kunter) • Kompetenzorientierung allein macht noch keinen guten Unterricht (Prof. Dr. Hilbert Meyer) • Kompetenzen für eine guten Biologieunterricht (Prof. Dr. Ute Harms) und Geschichtsunterricht (Prof. Dr. Waltraud Schreiber) • Mögliche Konzepte einer modernen Lehrerbildung • Impulse der TUM School of Education für eine exzellente Lehrerbildung? (Prof. Dr. Manfred Prenzel) • Verknüpfung von erster und zweiter Phase als Qualitätsmerkmal der Lehrerbildung (Prof. Dr. Hermann Saterdag)

Außerdem gibt es Podiumsdiskussionen und Workshops.

**Detaillierte Informationen und Anmeldung unter:  
[www.lehrerbildung-bayern.de](http://www.lehrerbildung-bayern.de)**

**UN Recht statt Unrecht**

**Inklusion ohne Behinderung!**

**1. Inklusions Symposium Bayerns in Ingolstadt**

**Fachvorträge: Prof. Dr. Ulrich Heimlich  
Prof. Dr. Heiner Bielefeldt**

**18. + 19. Juni 2010**

**Freitag, 18. Juni 2010 14:00 Uhr** **Samstag, 19. Juni 2010 9:30 - 14:00 Uhr**

**Ort: Ingolstadt, Philosophisches Zentrum, Jakob-Michael-Straße 2, 7. Workshop**

**Info und Anmeldung: [www.gd.bayern.de/inklusion](http://www.gd.bayern.de/inklusion)**

# Interessante Veranstaltungen ab Februar 2010

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: [sg@bayern.gew.de](mailto:sg@bayern.gew.de)

<b>10.02.10</b>	<b>Einfach nur Gier?</b> Klartext zu Ursachen, Entwicklung und Folgen der Krise sowie ihre Auswirkungen auf unsere Forderungen. Mit Prof. Rainer Roth, Frankfurt.	Vortrag und Diskussion	<b>Aschaffenburg</b> Martinushaus 20.00 Uhr
<b>18.02.10</b>	<b>Demokratische Schulen – Keine Hausaufgaben und den ganzen Tag Pause.</b> Eine Filmreihe von GEW Augsburg und Thalia-Kino Augsburg.	Filmreihe	<b>Augsburg</b> Thalia-Kino, 19.00 Uhr
<b>23.02.10</b>	<b>Bildung als Ware? Schulen unter dem Diktat der Ökonomie.</b> Mit Prof. Jochen Krautz, Alanus-Hochschule für Kunst und Gesellschaft.	Vortrag und Diskussion	<b>Nürnberg</b> BBZ Äußere Bayreuther Str. 8 Raum A013, 19.00 Uhr
<b>24.02.10</b>	<b>Energiesparprojekte an Förderschulen.</b> Praktische Umsetzung und Beispiele. Mit Siggj Grob. Eine Veranstaltung der Fachgruppe Förderschulen München.	Infoveranstaltung	<b>München</b> DGB-Haus, 19.00 Uhr
<b>27.02.10</b>	<b>Personalrätekonferenz.</b> Ausblick auf die Dienstrechtsreform - Dienstliche Beurteilung - Altersteilzeit - Eingruppierung LehrerInnen - PR-Wahl 2011.*	PR-Konferenz	<b>Nürnberg</b> DGB-Haus 10.00 - 15.00 Uhr
<b>01.-05.03.10</b>	<b>Grundschulung für Personalratsmitglieder.</b> Nur für PR-Mitglieder und erste Ersatzmitglieder möglich, die bisher ohne Grundschulung sind. Bitte nachfragen, ob noch Plätze frei: 0 89-5 44 08 10	PR-Seminar	<b>Pelham</b> Hotel Seeblick
<b>04.03.10</b>	<b>Sudbury-Schulen.</b> Interviews mit SchülerInnen, MitarbeiterInnen, Eltern und AbsolventInnen. Eine Filmreihe von GEW Augsburg und Thalia-Kino Augsburg.	Filmreihe	<b>Augsburg</b> Thalia-Kino, 19.00 Uhr
<b>04.03.10</b>	<b>Wen oder was will die Bundeswehr an den Schulen.</b> Der Einzug des Militärs in unsere Schulen. Mit Michael Schulze von Glaßer, Informationsstelle Militarismus Tübingen. (s. nächste Seite unten)	Infoveranstaltung	<b>München</b> DGB-Haus, großer Saal 19.00 Uhr
<b>06.-07.03.10</b>	<b>Lebens- und Arbeitszeit von Frauen.</b> Mit Prof. Frigga Haug. Eine Kooperationsveranstaltung der GEW Nürnberg mit ver.di. Anmeldung: <a href="mailto:Helga.Eckert@verdi.de">Helga.Eckert@verdi.de</a>	Diskussionsveranstaltung	<b>Nürnberg</b> DGB-Haus
<b>13.03.10</b>	<b>Personalrätekonferenz.</b> Ausblick auf die Dienstrechtsreform - Dienstliche Beurteilung - Altersteilzeit - Eingruppierung LehrerInnen - PR-Wahl 2011.*	PR-Konferenz	<b>München</b> DGB-Haus 10.00 - 15.00 Uhr
<b>17.03.10</b>	<b>Übertritt und Gelenkklassen.</b> Kooperation mit anderen Schulen: Realschulen und Gymnasien. Eine Veranstaltung der Fachgruppen Förderschulen und Grund- und Hauptschulen München.	Informationsveranstaltung	<b>München</b> DGB-Haus, 19.00 Uhr
<b>16.03.10</b>	<b>90 Jahre Kapp-Lüttwitz-Putsch.</b> Mit Prof. Georg Füllberth. Eine Kooperationsveranstaltung der GEW Nürnberg mit ver.di. Anmeldung: <a href="mailto:Helga.Eckert@verdi.de">Helga.Eckert@verdi.de</a>	Vortrag und Diskussion	<b>Nürnberg</b> DGB-Haus, KIBS 19.00 Uhr
<b>26.-27.03.10</b>	<b>Neumitgliederseminar.</b> Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen.* Mit Monika Hartl und Wolfgang Nördlinger.	Seminar	<b>Nürnberg</b> Caritas Pirkheimer-Haus Fr. 17.00 - Sa. 16.00 Uhr

**München: siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.**

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, [sg@bayern.gew.de](mailto:sg@bayern.gew.de), Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87

\*\* Teilnahmegebühr

## 12. Mai-Meeting der GEW 2010

Das 12. Mai-Meeting des GEW-Hauptvorstandes vom 13. bis 16. Mai 2010 im Gustav-Stresemann-Institut in Bad Bevensen bietet eine spannende Mischung aus Workshops, abendlichen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie attraktiven Freizeitmöglichkeiten.

Es werden Workshops zu folgenden Themen angeboten:

- Wege zu einer individualisierenden Lernkultur – Von Schweden nach Deutschland? (Christina und Sture Norlin, Njurunda/Schweden)
- Aufklärung und Vernunftkritik heute – eine Ermunterung zum Weiter-Denken. (Dr. Werner Dießner, Maria Dießner, Institut für SozialManagement, Markkleeberg)
- Weibliche Souveränität (Christel Ewert, Ronnenberg-Benthe)
- Entspannt Konzentriert – ein Bewegungstraining (Zoi Kathrin Güssow, Berlin)
- Soziale Netzwerke im Internet für die Gewerkschaftsarbeit nutzen (Frank Hasenbein, Hamburg)
- Kinderarbeit weltweit – (K)ein Problem für uns?! (Hans-Winfried Kuhlen, Wetztenberg, und weitere ExpertInnen)

Anmeldung sowie nähere Informationen zu den Workshops und den TrainerInnen ab sofort unter: <http://www.gew.de/MaiMeeting.html>

Kontakt für Nachfragen: Nicole Lund • Tel. 0 69-7 89 73-2 09 • E-Mail: [nicole.lund@gew.de](mailto:nicole.lund@gew.de)

Der Teilnahmebeitrag für GEW-Mitglieder beträgt 82 Euro, Nichtmitglieder/PartnerInnen zahlen 132 Euro, Kinder je nach Alter.

Die GEW-Bundesebene übernimmt die Kosten für die Unterbringung plus Vollpension sowie für die Workshops. Die Fahrtkosten sowie die Kosten für Freizeitgestaltung müssen selbst getragen werden.



## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Februar Geburtstag feiern, ganz besonders

**Wolfgang Graf**, München, zum **84.**

**Hermann Brandes**, Erding, zum **80.**

**Gertrud Gräbner**, Kirchberg,

**Prof. Dr. Susanne Grimm**, München,

**Ursula Mück**, Weitrarnsdorf, und

**Lilo Seibel-Emmerling**, Nürnberg, zum **78.**

**Prof. Hanne Ketting**, München, zum **77.**

**Arnhold Bühner**, Neukirchen,

**Max Brandl**, Grafenwiesen,

**Rainer Döbrich**, München,

**Engelbert Hemberger**, Wolfratshausen,

**Dmitri Milinski**, München, und

**Konrad Porzner**, Ansbach, zum **75.**

**Heinz Josef Schulte**, München, zum **74.**

**Günter Euskirchen**, Hersbruck,

**Josef Kornherr**, St. Wolfgang,

**Helmut Liebler**, Wachenroth, und

**Norbert Will**, Eresing, zum **73.**

**Diethild Bez**, Coburg, zum **72.**

**Ursula Koppe**, Bad Aibling,

**Otto Götz**, Neuried,

**Erhard Hagebecker**, Würzburg,

**Hermann Hammer**, Stadtbergen, und

**Walter Schiebel**, Dillingen, zum **71.**

**Gerda Nillius-Bondkowski**, München,

**Ilse Ragaller**, Fürstzell,

**Erika Strom**, Sonnefeld,

**Dieter Kämpf**, Markt Schwaben,

**Hermann Ragaller**, Fürstzell, und

**Hermann Schießl**, Seeshaupt, zum **70.**

sowie zum **65.**

**Barbara Marc**, München,

**Antje Pulvermacher**, Kirchheim,

**Eva-Maria Ta-Lau**, Seefeld,

**Ingrid von Engelhardt**, Uttenreuth,

**Brigitta Wrana**, Tutzing,

**Edgar Baruschka**, Schwarzenbruck,

**Martin Gruber**, München,

**Alfred Hoffmann**, München,

**Reinhart Hornuff**, Germering, und

**Dietmar Lindner**, Ansbach.

## Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im Februar gilt unser Dank ganz besonders

**Gisela Antweiler**, Aschheim,

**Anna Greif**, Augsburg,

**Inge Junck**, München,

**Gudrun Schmid**, Rödental,

**Wilhelm Altmann**, Hohenstadt,

**Manfred Malter**, Lichtenau,

**Udo Rebhan**, Nürnberg,

**Robert Sigel**, München,

**Jakob Steinberger**, Aichach,

**Reinhard Walcher**, München,

**Dieter Wiegand**, Pfaffenhofen, und

**Reinhard Wimmer**, München, für **40 Jahre**

sowie für **35 Jahre Mitgliedschaft**

**Hildegard Bernlochner**, München,

**Elisabeth Häberlein**, Nürnberg,

**Ursula Kratzer-Bundesmann**, München,

**Helga Mitscheff-Hocke**, Bamberg,

**Margrit Raffler-Strobel**, Obertraubling,

**Christiane Resseguier**, Marktheidenfeld,

**Ingrid Sontag**, Würzburg,

**Eberhard Gerold**, Erlangen,

**Rudolf Glass**, München,

**Uwe Hauber**, Treuchtlingen,

**Norbert Hauck**, Bad Rodach,

**Edgar Hillenbrand**, Stadtlauringen,

**Günter Hoch**, Forchheim,

**Franz Josef Knape**, Wolfratshausen,

**Horst Krysmanski**, Uttenreuth,

**Harald Mels**, Nürnberg,

**Ulrich Schägger**, Weilheim, und

**Ludwig Wenk**, Nürnberg.

Der Stadtverband München der GEW lädt ein zu einer Veranstaltung

### Wen oder was will die Bundeswehr an unseren Schulen?

Zum Einzug des Militärs in unsere Schulen referiert:

**Michael Schulze von Glaßer** (Mitarbeiter der Informationsstelle Militarismus, Tübingen)  
Stellungnahmen/Erfahrungsberichte/Widerstand von Betroffenen – Eltern,  
SchülerInnenvertreter, Auszubildende, LehrerInnen

**München, 04.03.2010, 19.00 Uhr, DGB-Haus, großer Saal**

**Seminarangebot:**

### Das eigene Auftreten optimieren – Körpersprache trainieren mit Pferden

Intensiv-Ganztagesseminar mit max. 4 Teilnehmern – speziell auf Lehrer und Pädagogen ausgerichtet.

Termine nach Absprache: Ursula Schober,

Tel.: 0 81 67-95 53 55, E-Mail: schober-ursula@t-online.de

# Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

**Ansbach** Termine/Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf [www.gew-aschaffenburg.de](http://www.gew-aschaffenburg.de)  
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

**Augsburg** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

**Bad Neustadt** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bad Tölz/Wolfratshausen** Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried  
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

**Bamberg** Termine/Themen der Treffen siehe: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstands-Treff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth  
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

**Coburg** jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg  
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 095 61/79 92 13, [gew-coburg@web.de](mailto:gew-coburg@web.de)

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erding** Stammtisch jeden dritten Mittwoch des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr im Bräustüberl Grünbach  
Kontakt: Peter Caspari ☎ 0 81 24/92 37, [peter.caspari@t-online.de](mailto:peter.caspari@t-online.de)

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: jd. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, [www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1  
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt  
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

**Memmingen/Unterallgäu** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick** jeden Dienstag, 21.00 Uhr  
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

**München AK Personalräte und Vertrauensleute** monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

**München Aktion Butterbrot** Treffen im DGB-Haus, Termine: [www.aktionbutterbrot.de](http://www.aktionbutterbrot.de)  
Kontakt: [aktion-butterbrot@web.de](mailto:aktion-butterbrot@web.de)

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: [daniela.kern@ajum.de](mailto:daniela.kern@ajum.de), ☎ 01 70-5 43 04 55

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München Fachgruppe Gymnasien** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung** Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr  
Kontakt: [sabine.herzig@bayern.gew.de](mailto:sabine.herzig@bayern.gew.de)

**München Fachgruppe Realschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, [fam.lungmus@t-online.de](mailto:fam.lungmus@t-online.de)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe** Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften** Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,  
Kontakt: [gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de)

**München Lehramtskampagne an der Uni** Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München  
Kontakt: [gew-la@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-la@stuve.uni-muenchen.de)

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

**Neu-Ulm/Günzburg** Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage  
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine und Infos unter [www.gew-nuernberg.de](http://www.gew-nuernberg.de)  
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken** Termine und Infos unter: [www.gew-fachgruppe.de.vu](http://www.gew-fachgruppe.de.vu)  
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

**Nürnberger Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, [www.gew-rosenheim.de](http://www.gew-rosenheim.de)

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr,  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Starnberg** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule  
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Weiden** jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Zoiglstüberl Iblacker, Hochstr. 12, [gew\\_wen-new-tir@gmx.de](mailto:gew_wen-new-tir@gmx.de)  
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

**Würzburg** jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91